

# Saar-freund

Schwört und spricht:  
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:  
Deutsch die Saar!

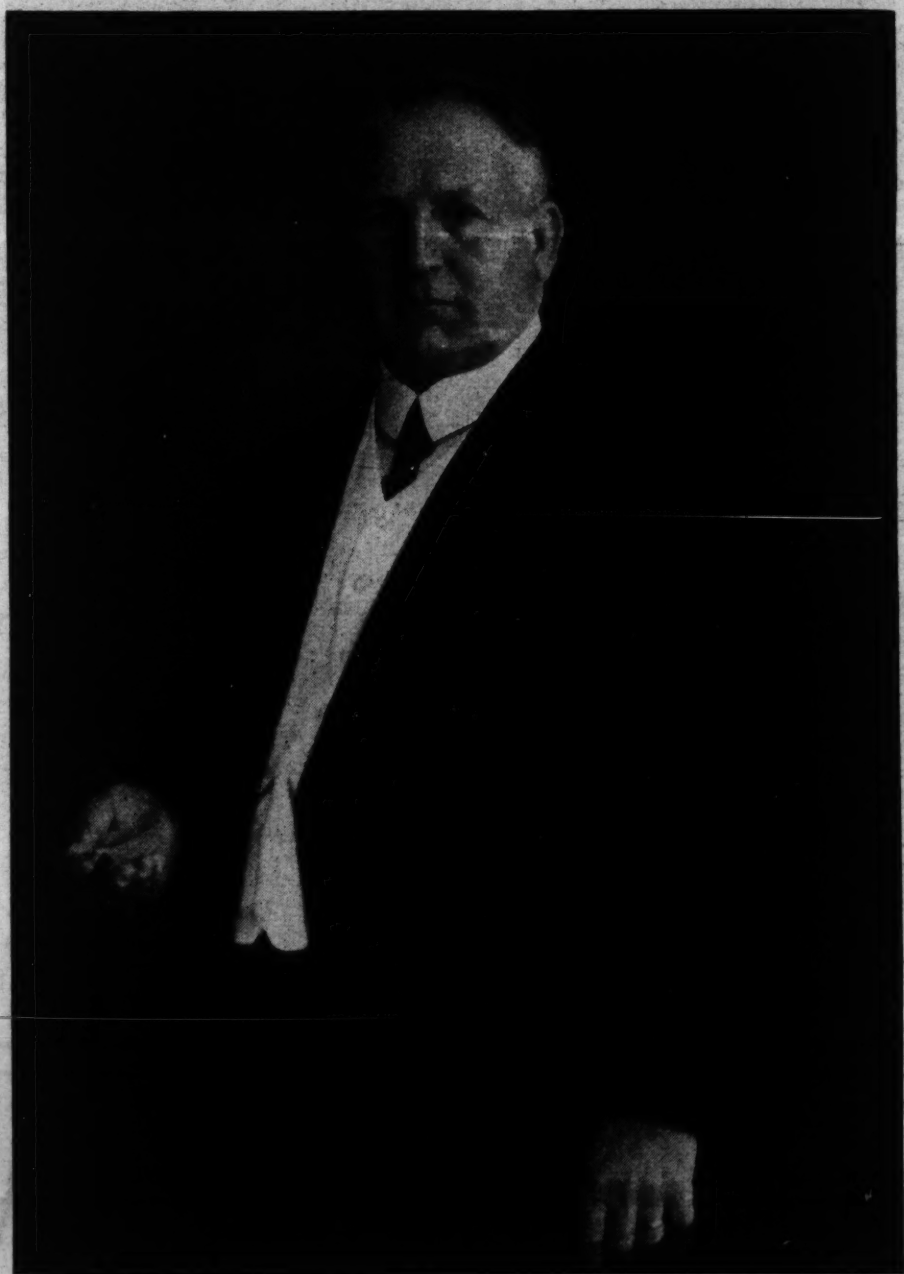


Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 25 \* 15. Jahrgang

Berlin, den 13. Dezember 1934



H. W. L.  
JAN 16 1935

Senatspräsident Otto Andres, Naumburg a. d. S.  
Ehrenpräsident des Bundes der Saarvereine  
Zum 60. Geburtstag



**Bilder von der eindrucksvollen Saar-Rundgebung  
der Landesgruppe Schlesien in Breslau  
im Konzerthaus am 7. Dezember 1934**



Nach dem Fahneneinmarsch Aufstellung der Studentischen Abordnungen, der Vertreter des Bergbaues, der politischen Parteien, SA, SS, Stahlhelm, Kriegervereine usw.



Blick in den vorderen Teil des Saales



# Saar-freund

Schwört und spricht:  
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:  
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 25 \* 15. Jahrgang

Berlin, den 13. Dezember 1934

## Der Sinn der Saar-Einigung

Von Richard Posselt

Wir haben bereits in unserer letzten Ausgabe die Tatsache und die Grundzüge der Saar-Einigung in Rom vermerkt und ihre grundsätzliche Bedeutung für die endgültige Saar-Lösung gekennzeichnet. Wir sprechen es offen aus, daß angesichts des Großangriffs von französischer Seite gegen eine Lösung auf Grund des saar-deutschen Volkswillens in den Wochen und Monaten vorher die in den ersten Dezembertagen in Rom zustandegekommene deutsch-französische Saar-Einigung und ihre Sanktionierung durch den Völkerbundsrat eine angenehme Überraschung brachte. Die Welt stand völlig unter dem Eindruck des Trommelfeuers der Stimmungsmache, wie es durch Barthous Saarpolitik ausgelöst worden war. Die französische Presse, die saar-annexionistischen Kreise Frankreichs, die separatistischen und emigrierten Agenten und leider — es muß immer wieder betont werden — auch die Saarregierung taten das Ihrige, um um das Saargebiet und seinen Freiheitskampf einen Nebel zu entwickeln, der von den Wahrheitsrufen und dem Heimkehrsehnen des deutschen Saarvolkes kaum noch durchdrungen werden konnte.

Angesichts dieser Vernebelungstaktik hatten wir für die letzte Ausgabe unseres „Saarfreund“ den Ruf „Ruhig Blut“ erhoben. Die Formen standen bereits in der Druckpresse, als der Draht die Kunde aus Rom zu uns trug. So konnten wir diesem Ruf die Mitteilung über das in Rom zustandegebrachte Einigungswerk voranstellen. Es ist bestimmt selten eine Nachricht mit dem Gefühl allgemeiner Erleichterung so freudig in aller Welt aufgenommen worden wie diese Mitteilung von der zustandegekommenen Saar-Einigung. Denn um die Lösung des Saarproblems drehte sich seit Monaten die ganze internationale Politik. Von der gerechten oder gewaltsamen Lösung der Saarfrage hängt der Frieden Europas ab oder drohen neue Verwicklungen. Die Saar war der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich geworden, weil man französischerseits trotz aller gegenteiligen Erfahrungen ein Anrecht auf das Saargebiet zu konstruieren bemüht war. Die an sich gespannte Lage wurde auch nicht erleichtert durch die Saardenschrift Barthous und seine Rede, die er wenige Wochen vor seinem Tode in Genf zur Saarfrage hielt. Er erstrebte eine Ent-

scheidung des Völkerbundes dahin, die Frage der Beibehaltung des jetzigen Regimes an der Saar, wie sie als eine der drei Punkte für die Saarabstimmung in Versailles vorgesehen wurde, so auszulegen, daß dem Saargebiet ein „eigenstaatlicher Charakter“ mit der Betreuung durch den Völkerbund gegeben werden sollte. Mit einer solchen Neufassung des Begriffs „Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes“ (Status quo) hoffte man, innerhalb der Bevölkerung des Saargebiets eine Mehrheit zu finden, die um so größer sein würde, wenn man die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung nach etwa zehn Jahren vorsehen würde. Auf eine solche Status-quo-Lösung war in den letzten Monaten die ganze französische Saarpolitik und die gesteigerte Propagandatätigkeit der im Solde Frankreichs stehenden Separatisten und Emigranten abgestellt.

Die Verhandlungen des Dreier-Ausschusses unter dem Vorsitz des italienischen Staatssekretärs Aloisi begannen somit am 6. November unter wenig günstigen Anzeichen. Sie standen zunächst noch unter dem Einfluß der Barthous'schen Politik. Es gereicht dem italienischen Staatssekretär Aloisi zur Ehre, daß er sich durch kein irgendwie geartetes Mittel davon abbringen ließ, die Arbeiten des Dreier-Ausschusses auf die Richtlinien abzustellen, die sich aus dem Saarstatut zwangsläufig ergeben. Er lehnte jeden fremden Einfluß ab und sah nur das eine große Ziel vor Augen, mit der Lösung der Saarfrage einen Unruheherd Europas aus der Welt zu schaffen. Noch mehr. Er sah seine Aufgabe erst dann richtig erfüllt an, wenn es ihm gelang, den deutschen und den französischen Standpunkt in der Saarfrage so weit zu nähern, daß ein Abkommen von beiden Ländern als gerecht, tragbar und entspannend angesehen wurde. Man konnte schon aus der Länge der Dauer der Verhandlungen erkennen, daß Aloisi seine Aufgabe sehr ernst nahm. Aus der Berufung deutscher und französischer Sachverständiger nach Rom war ferner zu entnehmen, daß er seine Entscheidung in Übereinstimmung mit Vertretern beider Länder treffen wollte. Er hat sich nicht daran gestoßen, daß ihm vom Völkerbundsrat ein bestimmter Termin für die Fertigstellung seines Berichts gestellt war. Er hat mit überlegener Ruhe den Beginn der Saartagung des



Völkerbundsrates von einem Termin auf den andern verschoben lassen. Sein diplomatisches Geschick, seine Rechtlichkeit und Unparteilichkeit haben einen überragenden Erfolg errungen: Die Saareinigung kam mit Zustimmung der deutschen und der französischen Unterhändler zustande.

Die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß unter dem Einfluß Lavals auch die französische Regierung sich mit einer Saarlösung abfindet, die weder den Clemenceauschen Annexionszielen noch den hinterlistigen Status-quo-Bestrebungen entspricht. Laval trägt der durch nichts zu erschütternden Tatsache Rechnung, daß die Saar deutsch ist und deshalb zu Deutschland zurückkehren muß. Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen ist eine Einigung erfolgt, die auch für Deutschland tragbar erscheint. Es wird die 150 Millionen zum Rückkauf der Saargruben, zur Eingliederung des saarländischen Teiles der eifstigen elsäß-lothringischen Reichslandbahnen, zur Uebernahme der Zollbahnhöfe usw. aufbringen, wenn es sein muß, durch eine gemeinsame Opfergabe des deutschen Volkes. An diesen 150 Millionen — vor Jahren verlangte man französischerseits 350 Millionen! — durfte die Einigung in Rom nicht scheitern. Der Londoner „Daily Herald“, der sich in letzter Zeit nicht gerade als deutschfreundlich bekannt hat, sagt in einem Leitartikel zum Abschluß der Saareinigung, daß dieses römische Ergebnis „einen Triumph für die deutsche und für die französische Regierung bedeute, denn sie haben gemeinschaftlich einen Sieg für den Frieden und die Vernunft über Vorurteile und Uebelwollen errungen“. Das ist das Kennzeichen der Saareinigung, die, losgelöst von der Genfer Atmosphäre des Völkerbundes, sich nur dort entwickeln konnte, wo ehrlicher Wille zu Frieden, Ehre, Recht und Wahrheit vorherrscht.

Wenige Tage nach der Saareinigung in Rom hat auch der Völkerbundsrat in seiner Sondertagung den Saarbericht des Dreier-Ausschusses einstimmig angenommen. Der französische Außenminister Laval hat bei dieser Gelegenheit eine Erklärung abgegeben, in der ausdrücklich Frankreichs Verständigungsbereitschaft unterstrichen wird. Er sagte wörtlich: „Wenn eines Tages die Saarbevölkerung den Wunsch haben sollte, zum Reich zurückzukehren, dann ist es Sache des Völkerbundsrates, darüber zu entscheiden. Und wenn man mich fragt, wie sich Frankreich dann dazu stellen werde, so kann ich nur erklären: Frankreich wird sich dem nicht widersetzen.“

Das ist ein anderer Ton als der, den wir noch vor wenigen Wochen von dem Vorgänger Lavals vernommen haben. Jetzt darf man, wenn ein Ministerwort noch Geltung haben soll, der festen Ueberzeugung sein, daß der Tag der Saarfürfreiheit hereingebrochen ist. Denn diese deutsch-französische Saareinigung nimmt gleichsam das heute schon feststehende Ergebnis der Abstimmung am 13. Januar vorweg. Diese Tatsache bedeutet die Krönung deutscher Saartreue. Kein Pressegeschrei, kein Separatistendemonstrieren, kein Emigrantengeheul und kein Bericht der Saarregierung vermochten die Tatsache zu erschüttern, daß das Volk an der Saar fünfzehn Jahre lang dem deutschen Vaterland die Treue gehalten hat, und daß es jetzt am Tage der Entscheidung das nie wankend gewordene Banner deutscher Treue auf dem Bollwerk deutschen Behauptungswillens siegreich aufpflanzt.

Man hat in Genf die Annahme des Saarberichts abhängig gemacht von der Zustimmung zur Entsendung eines neutralen Truppentingents, um die reibungslose Durchführung der Abstimmung am 13. Januar zu gewährleisten. Deutschland hat, nachdem Laval ausdrücklich auf eine militärische Saaraktion verzichtet hatte, der Aufstellung dieser sogenannten Abstimmungspolizei zugestimmt, obwohl es eine solche Maßnahme nicht für notwendig hält. Auch wir sind der Meinung, daß man sich diese Ausgaben sparen könnte, da die Bevölkerung des Saargebiets selbst die Gewähr für Ruhe und Ordnung bietet, sofern man die landfremden Elemente der Separatisten und Emigranten entfernt.

Wir haben Verständnis für die Klageklagen, die seit der römischen Einigung in den Kreisen der Separatisten und Emigranten aller Schattierungen gesungen werden. Sie haben wahrlich keine Mühe und Kosten gescheut, um die Weltmeinung für ihre eigensüchtigen Status-quo-Pläne zu gewinnen. Denn nachdem sie jede Gemeinschaft mit dem deutschen Volk und dem deutschen Vaterland verleugnet

haben, bedeutet die deutsch-französische Saareinigung für sie den Zusammenbruch all ihrer Hoffnungen und Pläne. Mag einigen von ihnen durch das neue Garantieabkommen für Nichtabstimmungsberechtigte bei mindestens dreijähriger Anwesenheit im Saargebiet eine leise Hoffnung auf ein langsames Vergessen ihrer Untaten erwachsen, eine politische Rolle werden sie weder hüben noch drüben zu spielen in der Lage sein; denn wer sein Vaterland in schwerer Not verleugnet, wird auch ein anderes Vaterland mit oder ohne Naturalisation nie wieder finden. Mit solchen Elementen ohne Charakter und ohne nationale Verantwortung will kein anständiger Mensch etwas zu tun haben. Das ist ihnen gerade in den letzten Wochen von den französischen Frontkämpfern in so deutlicher Form gesagt worden, daß auch sie es empfunden haben werden, wie man sie als Menschen zweiter Klasse verachtet.

Wir haben schon in unserer letzten Anmerkung zu der römischen Einigung darauf hingewiesen, daß nicht alle, die heute im Lager der Separatisten, Emigranten, Kommunisten und Marxisten stehen, sämtlich unsere Verachtung verdienen. Wir glauben, daß unter den Verführten noch manche sich am Tage der Entscheidung ihrer deutschen Mutter, ihres deutschen Blutes und ihrer deutschen Heimat erinnern werden. Mögen ihre sogenannten Führer ihr Nein gegen Deutschland in die Wahlurne legen, sie aber, die noch ein Gewissen haben, die sich noch ein Fünkchen nationalen Empfindens bewahrt haben, und die trotz allem den Glauben an Deutschland nicht verloren haben, sie werden am 13. Januar gegen Braun, Hoffmann, Walsch und Genossen für Deutschland stimmen.

Das Saar-Drama, wie es in Versailles begann, rollt nun mit unheimlicher Geschwindigkeit ab. Raum vermag das menschliche Organisationswerk zur Durchführung der Abstimmung dem Zuge des Herzens, dem Impuls der Treue und der Sehnsucht der deutschen Seelen zu folgen. Fast scheint es, als beschleunigten selbst die Zeitmaße ihr Tempo, als könnten sie nicht schnell genug den 13. Januar erreichen. Ueberall an der Saar und im Reich lobt die Freude über die kommende Freiheit der Saar auf, überall regen sich Hände und Herzen, um den unnatürlichen Zustand, wie er in Versailles für das Saargebiet diktiert wurde, so schnell wie möglich zu beseitigen. Wir danken es den Männern, die als Deutschlands Vertreter die Verhandlungen in Rom führten und das Saareinigungswerk zustande brachten, daß sie sich über toten Formelstram hinwegsetzten und bereits ein Werk errichteten, das statutenmäßig erst nach der Abstimmung geschaffen werden sollte, nämlich die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Uebergabe der Saargruben, der erwähnten Bahnstrecken und Zollhäuser an den rechtmäßigen deutschen Eigentümer. Wir danken es den deutschen und den französischen Unterhändlern, daß sie sich über das Ergebnis der Abstimmung einig wurden und darauf ihr Verständigungswerk aufbauten. Denn daß der Bericht des Dreier-Ausschusses auch noch die beiden anderen Möglichkeiten des Volksentscheids erwähnt, ist eine Formlosigkeit, die keine Bedeutung hat. Es ist auch eine Formlosigkeit, daß Laval in Genf in einer zweiten inoffiziellen Erklärung die Frage einer zweiten Saar-Abstimmung streifte. Er hat dabei ausdrücklich auf die Bestimmungen des Saarstatuts verwiesen und dadurch indirekt zum Ausdruck gebracht, daß eben eine zweite Abstimmung nicht möglich ist. Da nützen nachträgliche Deuteleien und Propagandatrias nichts: Laval geht von den Vertragsbestimmungen von Versailles aus, und darin ist lediglich die Rede davon, daß nach Ablauf der fünfzehn Jahre das Volk an der Saar aufgerufen werden muß, damit es sich über sein künftiges Schicksal entscheidet. Das allein ist maßgebend und nicht das, was sich die Brauns, Hoffmanns und Genossen wünschen.

Wenn man das Geschreibsel der Emigranten- und Separatistenpresse verfolgt, findet man darin die Mutmaßung, als hätte man auf deutscher Seite Besorgnisse über den Ausgang der Saarabstimmung gehabt. Die so etwas schreiben, wissen, daß es Lüge ist. Besorgnisse haben bestanden, die nämlich, daß es den französischen Annexionisten gelingen könne, einen Gewaltstreich gegen das Saargebiet auszuführen, wie er sich in der Ankündigung eines militärischen Einmarsches ausdrückte. Das hat nichts mit der Volksmeinung an der Saar zu tun. Die solche Hoffnungen hegen, durften allerdings auch davon überzeugt sein, daß ein solcher Gewaltstreich den Willen der Bevölkerung, deutsch zu sein



und zu bleiben, nicht hätte brechen können. Oder hat man je geglaubt, daß diese fünfzehnjährige Prüfungszeit die Herzen matter und den Willen jährender gemacht hätte, als wie sie in den Einmarschtagen des November 1918 vorhanden waren? So etwas können nur vaterlandslose Gesellen behaupten, Elemente, die den Begriff Treue nicht kennen, die ihr deutsches Blut verleugnen, nie aber Menschen, die heimatgewachsen sind und deren Deutschtum im Heimatboden verwurzelt ist.

Wir aber, die wir teilhaben durften an dem Kampf um deutsche Saarfreiheit, wollen uns des Erfolges freuen, die deutsche Treue errang. Wir schließen uns der Auffassung der französischen Frontkämpfer an, die Gelegenheit hatten, unsern Führer und Kanzler Adolf Hitler zu sprechen und mit ihm den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung zu überlegen. Wir gedenken dabei jener Worte des Führers auf dem Ehrenbreitstein: „Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt. Nach ihrer Lösung besteht kein sichtbarer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in alle Zukunft weiter bekämpfen.“ Das ist der Geist des Frontkämpfers, der aus diesen Worten spricht, des Frontkämpfers, der den Weltkrieg miterlebte, und der auch in den Stahlgewittern dieses Krieges niemals vergessen hat, daß auch der Soldat auf der andern Seite für sein Vaterland kämpft. Denn dieser Krieg wurde verursacht durch Revanchegeist, Eroberungslust und Handelsneid kapitalistischer Kreise, die nicht das Volk bedeuten. Die Völker an sich sind friedliebend und deshalb zur Verständigung bereit. Die den Krieg vorbereiten und den Krieg wollen, sind jene Elemente, die die heiligsten Gefühle der Völker, nämlich das National- und Heimatgefühl, mißbrauchen, um unmoralischen Menschen- und Länderschacher oder teuflische Profitpolitik zu betreiben. Angesichts des in Rom und Genf zustandegekommenen Verständigungswerkes muß die Tätigkeit, die vor und nach der Einigung von den sogenannten Führern der Kommunisten, Margisten, Separatisten und

Emigranten noch immer an der Saar zur Abtrennung des Saargebiets vom deutschen Vaterland betrieben wird, als Förderung jener Kriegspolitik bezeichnet werden, die eine deutsch-französische Verständigung nicht aufkommen lassen will, weil sie ihren persönlichen Interessen nicht dienlich erscheint.

Wir ändern aber, die wir mit dem gesamten saardeutschen Volk für Wahrheit und Freiheit an der Saar gekämpft haben, wir treten mit voller Ueberzeugung in die Front, wie sie Adolf Hitler mehr als einmal vor aller Welt aufgestellt hat, in die Front des Friedens, der Verständigung, Gleichberechtigung und des Rechts. Denn mit der Bereinigung der Saarfrage besteht zwischen Frankreich und Deutschland keine Streitfrage mehr, weshalb nicht eingesehen werden kann, daß sich diese beiden Völker, die ihre Waffenehre mehr als einmal auf dem Schlachtfelde bewiesen haben, nicht auch auf dem Felde des Friedens und wirtschaftlichen Zusammenarbeitens treffen sollten. Damit wird der Menschheit mehr gedient als mit jener Verleumdungs- und Verhöhnungspolitik, zu welcher sich Margisten, Kommunisten, Emigranten, Separatisten und sogenannte Kreuzkämpfer zusammengefunden haben. So unwahr und unnatürlich diese Verbindung ist, so unwahr ist ihr Kampf, so unwahr ihr Ziel. Sie kennen nur einen Zweck: ihr persönliches Interesse. Das Saarvolk wird am 13. Januar über sie zur Tagesordnung übergehen, und die Geschichte wird sie einst als das bezeichnen, was sie sind: Verleugner und Verleumder ihres Volkes.

Rom und Genf haben auch über diese Kreise das Urteil gesprochen. Das wissen sie am besten und suchen jetzt nach neuer Ausdrucksform. Aber auch diese neue Tarnung verliert noch ihre alte Färbung. In Rom wurde der Weg für den 13. Januar freigemacht, den Weg, der aus der Tiefe des Fremdjochs hinaufführt zur Höhe des Triumphes und der Freiheit. Deutsches Saar-Volk, deine Treue wurde belohnt, dir winkt die Freiheit im einigend deutschen Vaterland!

## Zum sechzigjährigen Geburtstag des Senatspräsidenten Andres / Ehrenpräsident des Bundes der Saarvereine

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin

Am 13. Dezember d. J. begeht der langjährige Erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Senatspräsident Otto Andres, Raumburg, seinen 60. Geburtstag. Unser in seltener Frische noch seines verantwortungsvollen juristischen Amtes waltender Altersjubiläum kann auch in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Leiter und Repräsentant des Bundes der Saarvereine und als treuer Mitstreiter im Kampfe um die Deutschhaltung der Saar auf ein erfolgreiches Wirken zurückblicken. Unter seiner abwägenden Führung hat sich unser Bund zu der Bedeutung zu entwickeln vermocht, die ihn in all den Jahren als wirksamstes Organ für die Saaraufklärung im Reich und darüber hinaus erscheinen ließ.

Otto Andres wurde am 13. Dezember 1874 in Kirn an der Nahe als Sohn eines Brauereibesizers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Bad Kreuznach und studierte Rechtswissenschaft in Heidelberg (wo er bei dem Corps Rhenania aktiv wurde), Genf, Berlin und Bonn. Bei dem Nassauischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 27 diente er als Einjähriger. Nach bestandener Referendar- und Assessorexamen erweiterte er seinen Gesichtskreis durch eine Weltreise. 1905 war er Gerichtsassessor in Meisenheim am Glan, 1907 Amtsrichter in St. Wendel und wurde 1911 zum Landgerichtsrat in Saarbrücken ernannt. Während des Krieges war er Oberkriegsgerichtsrat bei dem stellv. General-Kommando in Saarbrücken. Nach dem Einmarsch der Franzosen ins Saargebiet am 8. April 1919 wurde er wie ich mit anderen führenden Männern wegen seiner treudeutschen Gesinnung, zu der er sich offen und mutig bekannte, verhaftet und ausgewiesen. Wir haben zu-

sammen im Saarbrücker Militärgefängnis in der Alexanderstraße und dann im Gefangenenlager in Worms Stunden und Tage verlebt, die uns darin bestärkten, für den Freiheitskampf unserer Saarheimat unsere ganzen Kräfte einzusetzen. Die Erinnerung an diese Leidenszeit verbindet uns auf ewig miteinander.

Ueber 11 Jahre lang hat Otto Andres sein Amt an der Spitze unseres Bundes in vornehmer und vorbildlicher Weise wahrgenommen. Es ist mir daher ein Herzensbedürfnis, hier an seinem Ehrentage, dem 60. Geburtstag, einen Rückblick auf die Zeit zu werfen, in der ich als Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Saarkampfe an der Seite dieses treuen, aufrechten und schlichten deutschen Mannes stehen durfte.

Als sich im Jahre 1922 infolge starker beruflicher Inanspruchnahme des damaligen Vorsitzenden unseres Bundes die Notwendigkeit ergab, das Amt des ersten Vorsitzenden in andere Hände zu legen, wandten sich mehrere ausgewiesene Saarländer, eifrige Mitglieder des Saarvereins, sowie saarländische Mitglieder der Parlamente an Herrn Senatspräsidenten Andres mit der Bitte, die Führung des Bundes zu übernehmen. Mit dem Saarlande verknüpften Otto Andres langjährige Beziehungen aus seiner Berufstätigkeit am Saarbrücker Landgericht, in die Reihen der Saarkämpfer im Reich war er schon in Raumburg eingetreten. Nach einer eingehenden Aussprache in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die ihm die Ueberzeugung brachte, daß unsere Organisation auf streng überparteilicher, aber bewußt nationaler Grundlage stand, gab er seine Zusage, das ihm angetragene Amt in ehrenamtlicher Ausübung anzunehmen. In der im Dezember 1922 in Dortmund abgehaltenen



Tagung des Bundes der Saarvereine erfolgte darauf einstimmig seine Wahl zum ersten Vorsitzenden.

Man muß es Herrn Andres nachrühmen, daß er sich vom ersten Tage der Amtsübernahme an mit voller Hingebung der ihm gestellten Aufgabe gewidmet hat. In den großen Saarkundgebungen in all den Jahren seit 1922, die von Jahr zu Jahr immer größere Bedeutung bekamen, hat er an markanter Stelle die Repräsentation des Bundes in vornehmster, schlichter und verbindlichster Art wahrgenommen. Bei der Erledigung der Aufgaben, die sich der Bund gestellt hatte, oblag ihm namentlich die Führungsnahme mit den maßgebenden Stellen einmal zu eigener Information, dann aber um Anregungen für den Saarkampf an die geeigneten Stellen zu vermitteln.

Als verantwortungsbewußter Mann war er mit großer Sorgfalt bemüht, die Tätigkeit des Saarvereins im engen Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen im Reich und mit den an der Saar im unmittelbaren Abwehrkampf stehenden führenden Persönlichkeiten zu halten. „Der „Saar-Verein“ hat keine eigene Politik zu machen, sondern sich in den Dienst der verantwortlichen Stellen und des kämpfenden Saarkampfes zu stellen“ — das war das Leitmotiv für seine Bundesführung.

Von besonderer Bedeutung aber wurde für den Bund der Saarvereine das sachjuristische Wissen seines Vorsitzenden. In zahlreichen juristischen Abhandlungen in der Tages- und in der Fachpresse sowie in dem Organ für den deutschen Saarkampf „Saar-Freund“, in zahlreichen Vorträgen an deutschen Hochschulen hat Senatspräsident Andres als einer der ersten die Rechtslage der Saarfrage klargestellt und grundsätzliche Feststellungen auf saarrechtlichem Gebiet nach genauer Kenntnis des Saarstatuts formuliert. Ich beschränke mich hier auf den Hinweis auf seine Schrift „Die Grundlagen des Rechts im Saargebiet“, die bahnbrechend gewesen ist. Die Arbeiten Andres auf diesem Gebiete waren auch die Grundlage mit für zahlreiche später herausgegebene juristische Abhandlungen über die Saarfrage. Trotz seiner starken Inanspruchnahme durch seinen verantwortungsvollen Beruf, welchem er sich voll und ganz widmen mußte, hat er der Saarlage anerkanntswerte Opfer an Zeit, Mühe und Arbeit gebracht, für die wir ihm dankbar sein müssen. Daß es ihm darüber nicht möglich war, die persönlichen Beziehungen zu den einzelnen Ortsvereinen noch mehr zu pflegen, als er es bereitwillig tat, hat er immer wieder bedauert, und dies ist bei der Ueberbürdung mit seinen anderen dienstlichen Verpflichtungen wohl erklärlich.

Den verschiedenartigen Verhältnissen der einzelnen Ortsgruppen trug er in jeder Beziehung Rechnung, da er den größten Wert auf ihre ausgesprochen individuelle Entwicklung legte. Als Leiter des gesamten Bundes hat er sich im besten Sinne des Wortes in kameradschaftlichem und landsmannschaftlichem Sinne immer von dem Grundsatz leiten lassen, den Ortsgruppen die größte Selbständigkeit zu lassen. Nur so schien ihm eine von Begeisterung zur Heimat getragene Betätigung gesichert. Er wußte, daß er damit das Verantwortungsgefühl der Ortsgruppenleiter stärkte und den Einzelmitgliedern Gelegenheit zu freudiger Mitarbeit gab. Eine ganz besondere Freude war ihm die Tatsache, daß namentlich im rhein-westfälischen Industriegebiet die dorthin verwehten, aus dem Saargebiet stammenden Bergleute immer das größte Interesse für den Kampf an der Saar und für die Bestrebungen der Geschäftsstelle „Saarverein“ und des Bundes der Saarvereine zeigten. Die aus eigenem Antrieb dort gegründeten Ortsgruppen hatten ihre außerordentlich lebhafte und besonders wertvolle Tätigkeit gerade im Sinne seiner Einstellung entfaltet.

Auch der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat er jederzeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Für die unbedingte Selbständigkeit der auf privater Grundlage gegründeten Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als ein dem Bunde der Saarvereine gleichberechtigtes Organ ist er immer selbst eingetreten. Auch ihre besonderen Aufgaben hat er stets gewürdigt und anerkannt. Mit tiefem Danke erkenne ich hier auch gern an, daß mir durch die vornehme

und verbindliche Art, mit der Herr Andres unsere Beziehungen zu wahren und zu pflegen verstand, ein besonderer Ansporn gegeben wurde, ihm in seiner vorbildlichen Pflichterfüllung nachzueifern.

Einen besonders deutlichen Beweis für seine Selbstlosigkeit gab er, dem jeder persönliche Ehrgeiz fern lag, als kurz vor der großen Saarkundgebung auf dem Niederwald im vergangenen Jahre der Wunsch laut wurde, den Bund der Saarvereine fester mit der nationalsozialistischen Organisation zu verbinden. Herr Andres erklärte sofort, daß seine Person kein Hindernis sein solle, diese Eingliederung durch Berufung einer Persönlichkeit aus der nationalsozialistischen Partei an die Spitze des Bundes zu vollziehen. Er legte daher sein Amt in die Hände des Herrn Staatsrats Simon, Koblenz, der Mitte des Jahres 1933 nach dem Führerprinzip die Leitung des Bundes der Saarvereine übernahm.

Der Entschluß zum Rücktritt von seinem so gewissenhaft und erfolgreich geführten Ehrenamt als erster Vorsitzender des Bundes der Saarvereine ist Herrn Otto Andres gewiß nicht leicht geworden, denn er fühlte sich aufs engste verwachsen mit den dem Bunde gestellten Aufgaben. Otto Andres aber hat das Opfer der großen nationalsozialistischen Idee der Einigung des Volkes zu wahrer Gemeinschaft gebracht in der Zuversicht, daß in einer solchen Einigung des Reiches auch die deutsche Zukunft des Saargebiets gesichert sei! Herr Staatsrat Simon hat auf der Tagung in Bingen dieses Opfer anerkannt, in dem er die uns ehrende Anerkennung aussprach, daß die bisherige Führung und Tätigkeit des Saarvereins in den 13 zurückliegenden Jahren ihre völkische Haltung kristallklar erwiesen habe, und dieser Erklärung noch die Versicherung anfügte, daß er Wert darauf lege, die wertvolle Kraft des bisherigen Bundesvorsitzenden auch weiterhin der Arbeit des Bundes der Saarvereine zu erhalten, wie er denn auch Wert darauf lege festzustellen, daß alle Mitarbeiter im Saarverein weiterhin dort ihre Arbeit tun sollten, wo sie es bisher zum Besten der Saarlage getan hätten, um diese Mitarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen!

In der einstimmigen Wahl des Herrn Otto Andres zum Ehrenpräsidenten erfüllte denn auch die Binger Tagung mit innerer Genugtuung einen Teil der Dankeschuld für ihren alten bewährten Führer. Die ihm durch diese Wahl zuge dachte Ehrung übertrug Herr Andres bescheidenweise auf den Kreis seiner treuen Mitarbeiter, wobei er die Versicherung abgab, daß er, wenn immer man ihn brauche, zur Verfügung stehe zum Dienst für die Deutscherhaltung der Saar.

Wir stehen unmittelbar vor der Wende in der Saarfrage. Die erzwungene Frist der fünfzehnjährigen zwangsweisen Losreißung des Saargebiets vom Reich läuft binnen kurzem ab. Der Tag, an dem die deutsche Saarbevölkerung berufen ist, ihre Willenserklärung über die völkische Zukunft des deutschen Saarlandes in die Waagschale der Entscheidung zu legen, ist festgesetzt. Wir dürfen unbedingt auf einen sicheren Sieg der deutschen Saarlage bauen. Gern verzeichnen wir die gerade in der letzten Zeit aus Frankreich zu uns herüber tönenden Stimmen, die ein französisches Saargebiet im alten üblen Sinne ablehnen. Zu ungewohnt sind uns diese Klänge, als daß wir ihnen volles Vertrauen zu schenken vermöchten. Blicke wir aber auf die 15 Jahre seit Versailles zurück, so wird klar erwiesen, daß unser Kampf und unser Ringen um die deutsche Seele an der Saar und um die Erhaltung deutschen Bodens bitter notwendig war.

In diesem Kampfe einer der Treuesten gewesen zu sein, an hervorragender Stelle erfolgreich mitgewirkt und für die Erstarfung des deutschen Willens nach Rückgabe des zu Unrecht uns geraubten Saarlandes gearbeitet zu haben, diese Ueberzeugung und Gewißheit kann unser alter treuer Führer, Herr Otto Andres, an dem Tage eines wichtigen Lebensabschnittes für sich verbuchen. Wenn wir ihm zu diesem Tage unsere herzlichsten und aufrichtigen Glückwünsche für ein weiteres



ihn befriedigendes Wirken in seinem Berufe und seinem Privatleben darbringen, so tun wir es in der Ueberzeugung, daß seine Verdienste um den vom Bund der Saarvereine so maßgebend geführten Saarheimatkampf unvergessen und in der Geschichte der Saar in Zeiten schwerster Bedrängnis verzeichnet bleiben werden.

Kommt der ersehnte Tag, der uns der befreiten Saar zuzubeln läßt, dann wird Otto Andres mit an der ge-

bührenden Stelle stehen, uneingeschränkt dadurch, daß er 1½ Jahre vor dem Siege die Führung des mit seinem Namen so verwachsenen Bundes der Saarvereine in andere Hände gelegt hat. Wir wissen, daß wir Herrn Otto Andres zu seinem 60. Geburtstage keinen besseren Wunsch darbringen können als den, daß wir in wenigen Wochen den deutschen Tag der Saar in der Freude und Genugtuung begehen, zu diesem deutschen Siege nach Kräften beigetragen zu haben. Dazu den alten Saarbergmannsgruß „Glück auf!“

## Der Inhalt des Saarberichts

Der von Baron Aloisi unterzeichnete Bericht des Dreier-Ausschusses, der die Grundlage der von uns bereits erwähnten deutsch-französischen Saareinigung bildet, trifft in seinen wesentlichen Punkten u. a. folgende Feststellungen:

### I.

#### A. Definition des durch den Vertrag geschaffenen Regimes.

Zu den Rechtsfragen, mit denen das Komitee befaßt worden ist, gehört die Definition des in § 35 des Anhanges (a) vorgesehenen Regimes. Es genügt in dieser Hinsicht darauf hinzuweisen, daß ein Umstand, der bei der Festsetzung des Regimes des Saargebietes berücksichtigt werden mußte, das konkrete Ergebnis der Volksabstimmung ist, um so mehr als nach § 35 die Beibehaltung des internationalen Regimes vom Völkerbund für das ganze Gebiet oder für einen Teil des Gebietes auf der Grundlage der Abstimmungsergebnisse beschlossen werden kann.

Es scheint durchaus richtig, daß der Rat unter Auslegung der vertraglichen Bestimmungen eine grundsätzliche Definition der rechtlichen Stellung gibt, in der sich das Saargebiet befinden würde, falls der Völkerbund die Beibehaltung des durch den Vertrag errichteten Regimes beschließen sollte.

Die Formel „Beibehaltung des durch den gegenwärtigen Vertrag und seiner Anlage errichteten Regimes“ muß im Lichte der Gesamtheit der Bestimmungen des Vertrages und des Anhanges ausgelegt werden. Die Entscheidung des Völkerbundes im Sinne der Aufrechterhaltung des durch den Vertrag errichteten Regimes hätte die Rechtswirkung, dem Völkerbund die Souveränität über das ganze oder einen Teil des Gebietes zu übertragen. Infolgedessen würde sich der Rechtstitel, auf Grund dessen der Völkerbund künftig die Regierung des Gebietes ausüben würde, ändern. Der Völkerbund hätte die Möglichkeit, in den sich aus dem Vertrag ergebenden Grenzen an der Organisation des gegenwärtig bestehenden Regimes diejenigen Änderungen vorzunehmen, die er im Interesse der Bevölkerung des Gebietes und im allgemeinen Interesse für nützlich halten würde. Aus der Tatsache, daß unter der gleichen Voraussetzung der Völkerbund Inhaber der Souveränität über das Gebiet würde, würde sich auch ergeben, daß er in Zukunft die Befugnis hätte, über diese Souveränität in dem Maße zu verfügen, wie es mit den Bestimmungen des Vertrages vereinbar wäre und im Einklang mit den Prinzipien stünde, auf Grund deren ihm die Souveränität über das Gebiet übertragen wurde und ausgeübt werden mußte.

#### B. Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes und Optionsrecht.

Gemäß § 27 der Anlage haben die Bewohner des Saargebietes ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten.

a) Erste Hypothese § 35a: Beibehaltung des durch den Vertrag und die Anlage errichteten Regimes. Würde das Saargebiet durch Beschluß des Völkerbundes der Souveränität des Völkerbundes unterstellt, so wäre die saarländische Staatsangehörigkeit zu schaffen. Alle im Saargebiet zum Zeitpunkt des Beschlusses des Völkerbundes wohnhaften Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder die sogenannten Saareinwohner im Sinne des Beschlusses der Regierungskommission vom 15. Juni 1921 würden die saarländische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen und unter Ausschluß der deutschen Staatsangehörigkeit erwerben, vorbehaltlich der Ausführungen dieses Berichtes über das Optionsrecht.

Den Bewohnern des Saargebietes mit anderer als der deutschen Staatsangehörigkeit könnte nach den bisher befolgten Grundsätzen die saarländische Staatsangehörigkeit nicht von Rechts wegen zuerkannt werden. — Den Bewohnern, die von

Rechts wegen die saarländische Staatsangehörigkeit erwerben würden, wäre ein Optionsrecht für die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Es erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig wäre, Bewohnern mit anderer als der deutschen Staatsangehörigkeit das Recht zur Option für die saarländische Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Das Komitee glaubt, daß es angebracht wäre, das Optionsrecht für die saarländische Staatsangehörigkeit Bewohnern des Saargebietes mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die in die Liste der Wahlberechtigten eingetragen sind und die ihren Wohnsitz im Saargebiet beibehalten würden, zu gewähren.

b) Zweite Hypothese. § 35b: Vereinigung mit Frankreich.

In diesem Falle müßten die Staatsangehörigkeitsfragen gemäß den bei Gebietsannexionen allgemein befolgten Grundsätzen geregelt werden. Entsprechend diesen Grundsätzen wäre für diejenigen Personen, die von Rechts wegen die französische Staatsangehörigkeit erwerben würden, das Recht vorzusehen, innerhalb einer bestimmten Frist für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren.

c) Dritte Hypothese (§ 35 Ziffer c): Vereinigung mit Deutschland.

Unter dieser Annahme würde die Entscheidung des Völkerbundes keine Änderungen der Rechtsordnung mit sich bringen, die hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Einwohner bestimmte Folgen haben könnten.

#### C. Ausdehnung der den Abstimmungsberechtigten gewährten Garantien auf die nichtabstimmungsberechtigten Einwohner des Saargebietes.

Das Komitee hat es für zweckmäßig gehalten, sich mit der deutschen und der französischen Regierung in Verbindung zu setzen und sie aufzufordern, in Form einer Erklärung an den Rat die Modalitäten anzugeben, unter denen sie für den Fall, daß das ganze Gebiet oder ein Teil ihr vom Völkerbund zugesprochen würde, bereit wäre, auf die nichtabstimmungsberechtigten Bewohner des Saargebietes die Vergünstigungen auszudehnen, zu denen sie sich in der Erklärung vom 2. Juni 1934 hinsichtlich der Abstimmung verpflichtet hat. Hier auf bezieht sich der als Anlage 1 beigegebene Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten des Komitees und den erwähnten Regierungen.

Das Komitee glaubt dem Rat vorzuschlagen zu können, von den Verpflichtungen, die jede der beiden interessierten Regierungen darin übernommen hat, Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich läßt die in § 2 der Erklärungen enthaltene Schiedsgerichtsklausel das Recht des Rates unberührt, über der Erfüllung der Verpflichtungen zu wachen, die jede der beiden Regierungen durch ihre Erklärung an den Rat gegenüber dem Völkerbund übernommen hat.

#### D. Maßnahmen hinsichtlich der Behandlung der Einwohner nach der Errichtung des endgültigen Regimes unter den Voraussetzungen, die durch die Ziffern B C des § 35 vorgesehen sind:

Das Komitee hatte die Aufgabe, zu prüfen, ob die Bestimmungen des Vertrages und seiner Anlage es gestatten, entweder demjenigen Staat, dem das Saargebiet oder ein Teil zugeteilt werden sollten, gewisse besondere und dauernde Verpflichtungen aufzuerlegen, die ihn in der Ausübung seiner Souveränität beschränken würden, soweit es die Behandlung der Einwohner oder einiger Kategorien unter ihnen betrifft, oder aber die Zuteilung des Saargebietes abhängig zu machen



von der Annahme derartiger Verpflichtungen durch den betreffenden Staat.

Auf Grund einer gründlichen Prüfung des Vertrages und seiner Anlage im Lichte der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts ist hier der Ausschuss zu einer negativen Schlussfolgerung gelangt.

Auf der anderen Seite ist der Ausschuss der Ansicht, daß die Errichtung des Regimes, das dem jetzt bestehenden folgen würde, sich unbedingt in der Weise vollziehen muß, daß die schweren Folgen eines plötzlichen Wechsels des bestehenden Zustandes vermieden werden, soweit es die Rechte und die Interessen der Einwohner ohne jede Ausnahme betrifft.

Der Ausschuss hat, immer besorgt, soweit wie nur möglich praktische Lösung in einer Aussprache mit den interessierten Regierungen zu finden, die deutsche und die französische Regierung gebeten, ihm in der Form einer dem Rat abgegebenen Erklärung die Maßnahmen genau zu bezeichnen, die jede von ihnen bereit ist, zu dem oben bezeichneten Zweck auf sich zu nehmen. Der Briefwechsel, der sich darauf bezieht, ist dem gegenwärtigen Bericht beigelegt. Der Ausschuss glaubt, dem Rat vorschlagen zu können, von den Erklärungen der beiden Regierungen Kenntnis zu nehmen.

#### E. Sozialversicherungen.

In Erfüllung einer Bitte hat das Internationale Arbeitsamt dem Ausschuss einen Bericht zukommen lassen, der gewisse Anregungen enthält. Im Hinblick auf geeignete Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Rechte der Versicherten und der Altversicherten (anciens assurés) im Saargebiet unter den verschiedenen im Paragraphen 35 der Anlage vorgesehenen Fällen.

Unter der Annahme der Aufrechterhaltung des im Vertrag festgesetzten Regimes stellt der Ausschuss fest, daß die erworbenen Rechte oder die Rechte, auf die eine Anwartschaft besteht, bei den Sozialversicherungsanstalten im Saargebiet durch Bewohner des Saargebietes aufrechterhalten bleibt im Einklang mit der jetzt im Saargebiet in Kraft befindlichen Gesetzgebung und ohne Unterscheidung der Nationalität der Versicherten sowie ohne die Bedingung, daß sie im Saargebiet wohnen, unter dem Vorbehalt der Maßnahmen, die gegebenenfalls ergriffen werden müßten für den Fall, daß die Aufrechterhaltung des durch den Vertrag errichteten Regimes für das ganze Gebiet oder ein Teil entschieden werden sollte und ohne Vorwegnahme der Bestimmungen des § 24 des Anhangs zum Artikel 50 des Versailler Vertrages.

Der Ausschuss hat den beiden Regierungen die Anregungen

unterbreitet, die in dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes für den Fall formuliert worden waren, in dem das ganze Gebiet oder ein Teil des Gebietes Deutschland oder Frankreich zugeteilt wird, wobei er sie bat, ihm ihre Ansichten über diese Fragen zur Kenntnis zu bringen.

Die deutsche Regierung hat durch den Brief des deutschen Botschafters in Rom mit dem Datum vom 2. Dezember 1934 folgendes erklärt: „Für den Fall der

Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland werden die Sozialversicherung des Saargebietes in das allgemeine Versicherungssystem in Deutschland eingegliedert. Diese Eingliederung kann sich um so leichter vollziehen, als die im Saargebiet in Kraft befindliche Gesetzgebung für die Sozialversicherungen im allgemeinen der deutschen Gesetzgebung entspricht.

Aus diesem Grunde werden die erworbenen Rechte oder die Rechte, auf die Anspruch besteht, bei den Organisationen für Sozialversicherungen im Saargebiet aufrechterhalten bleiben, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland, wobei die Übergangsmaßnahmen Berücksichtigung finden, die sich als nützlich erweisen könnten.“

Diese Erklärung ist in folgender Weise noch genau umrissen worden:

Die deutsche Gesetzgebung stellt die Ausländer, soweit sie in Deutschland wohnen, den Reichsdeutschen gleich, soweit es die Beitragsbedingungen oder die Höhe der Beiträge betrifft.

Die deutsche Gesetzgebung gestattet den Versicherten, welches auch ihre Nationalität sei, ihre Rechte auf die sie durch eine freiwillige Versicherung eine Anwartschaft haben, selbst für den Fall aufrechterhalten, daß sie im Auslande wohnen.

Bis zum 31. Dezember 1935 können hinsichtlich der Pensionsversicherung der Bergleute die Rechte, auf die eine Anwartschaft besteht, auch aufrechterhalten werden durch die Zahlung eines besonderen Beitrages, durch den der Anspruch aufrechterhalten wird.

a) Für den Fall des Wohnsitzes im Auslande ist der Genuß der Pension an gewisse Einschränkungen gebunden, daß der Pensionierte entweder deutscher oder fremder Nationalität ist, das Ganze unter Vorbehalt der besonderen Verträge zwischen den Staaten.

b) Nach Artikel 4 Abs. 1 des allgemeinen deutsch-französischen Abkommens über die Sozialversicherung vom 29. Juli 1932, auf welches die deutsche Regierung nach wie vor den größten Wert legt, werden die Versicherten, ob sie nun in Deutschland oder in Frankreich wohnen, in vollem Umfange im Genuß der Rente oder Pension bleiben, die sie durch ein Ver-

## Konzertveranstaltung

des Albert Röllerschen Viktoria-Frauenchors.

Es ist schon liebgewordene Tradition, daß unser Landsmann Albert Rölller, einst Musiklehrer an der Saarbrücker Cäcilien-Schule, in der Vorweihnachtszeit mit dem Viktoria-Frauenchor in der Berliner Singakademie an die Öffentlichkeit tritt, um den Berlinern durch Lied und Wort des Saarlandes Geschick in Erinnerung zu bringen. Berliner Frauen und Mädchen, aktive oder gewesene Schülerinnen des Viktoria-Gymnasiums, zusammengefaßt in dem etwa 250 Sängerinnen umfassenden Viktoria-Frauenchor, sangen am 5. Dezember „zu Ehren des saar-deutschen Volkes, insbesondere der Saarabstimmungsberechtigten“. Ein volles Haus, ein begeisterungsfrohes Publikum, ein saar-deutscher Kreis in der Reichshauptstadt boten den äußeren Rahmen. Stadtschulrat Dr. Meinshausen und Magistratschulrat Frau Ella Kausler, die die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernommen hatten, waren selbst erschienen und mit ihnen eine ganze Reihe von Freunden des Saargebietes, von Freunden wohlgeschulter Frauenstimmen. Für die Bestreitung des künstlerischen Teils des Abends hatten sich neben dem Chor eine Reihe saarländischer Künstler zur Verfügung gestellt: darunter die Sopranistin Marianne Brügger, Kammerlänger Fritz Soot, Fritz Neumeyer (ein trefflicher Begleiter auf dem Klavier), die Orgel bediente in meisterhafter Weise Heinrich Kraft, den instrumentalen Teil bestritt wieder in vornehmer Form die Bundeskapelle des Kyffhäuserbundes.

Programmgestaltung und Programmentwicklung lag in den bewährten Händen von Albert Rölller, dessen künstlerisches Empfinden sich nicht nur auf den von ihm im Jahre 1926 gegründeten Viktoria-Frauenchor sichtbar übertragen hat, sondern der ganzen Veranstaltung in der Singakademie auch die vornehme nationale Note gab. Schon der einleitende Vortrag

der Röllerschen Bearbeitung des altniederländischen Liedes „Das Vaterland ruft dich“ (für Frauenchor mit Orchester und Orgel) verband die Künstler mit dem beifallsfreudigen Publikum. Der Lobgesang von Semann nach der Umdichtung von Dora Schuster in der Bearbeitung von Rölller (für Frauenchor mit Orchester und Orgel) wurde vom Publikum ebenfalls dankbar aufgenommen. Starke nachhaltige Eindruck aber hinterließ Dichtung und Komposition „Wir wollen heim“ (für Chor und Orchester, Orgel und Sprecherin) von Albert Rölller. Wichtig, klagend, hoffnungsstark waren Wechselwirkung zwischen der mit Herz und Seele mitgehenden Sprecherin Edeltraut Horn (Oberprimanerin des Viktoria-Gymnasiums) und dem Chor. Rölller mußte sich zu einer Wiederholung verstehen. Eingeraht wurden die Chorvorträge durch Solidarbetungen und Deklamationen. Fräulein Marianne Brügger sang den „Sonntag am Rhein“ von Schumann und zwei Raun-Lieder „Heimatgebet“ und „Daheim“. Ihre volle, melodische Stimme und ihr ausdrucksvoller Vortrag gewannen sofort die Herzen der Zuhörer. Fritz Soot wurde bereits bei seinem Erscheinen begeistert begrüßt und fand mit seinen fünf Schubert-Liedern „Kriegers Ahnung“, „Aufenthalt“, „Der Wegweiser“, „Abschied“ und einer Zugabe ein dankesfrohes Publikum. Schülerinnen der Klassen O3 und U3 sangen drei im Saarland beliebte Soldatenlieder „Steh' auf dem Berge“, „Des Morgens zwischen drei'n und vier'n“ und „Morgen marschieren wir“. Ihr netter und sauberer Vortrag weckte mit Recht stürmischen Beifall. Schließlich erwähnen wir noch die Deklamationen von Schülerinnen des Viktoria-Gymnasiums, die inhaltlich und rhetorisch sich wirkungsvoll dem Programm einfügten. Zunächst „Winter-nacht“ von Traude Christler, eine Dichtung von Ina Seidel, die Deutschlands Leidensweg und Siegeshoffen behandelt, ein „Saar-deutsches Bekenntnis“ von Jörg, vorgetragen von den Oberprimanerinnen Grete Bomke und Lilo Domina, passend in der Darstellung, lebenswahr im Vortrag. Und dann fast zum Schluß „Worte einer kleinen Berlinerin an die Saar-deutschen“ von Dora Schuster im reizenden unbefangenen Vortrag der Kleinsten von den Kleinen, Vera von Solowjew.



sicherungssystem erworben haben, einbegriffen die Zusatzbeträge und andere damit verbundene Vorteile. Die deutsche Regierung ist vollkommen bereit, diese Bestimmungen für den Fall der Rückkehr des Saargebiets nach Deutschland den Personen zu gewähren, die bei den Versicherungsorganen des Saargebiets versichert sind oder versichert waren.

c) Soweit die Renten und Pensionen, die bei den Versicherungsanstalten des Saargebiets vor der Rückkehr dieses Gebietes an Deutschland erworben wurden, nicht durch die Erläuterungen, die in der Ziffer 3 b ausgesprochen wurden, gedeckt sind, werden sie einschließlich der Zusatzbeträge und anderer damit verbundener Vorteile erfüllt werden, unabhängig vom Wohnort und der Nationalität des Inhabers, in dem Maße, wie die Versicherungsanstalten des Saargebiets dazu nach der gegenwärtig in Kraft befindlichen Gesetzgebung verpflichtet sind.

4. Die besonderen Entscheidungen und Durchführungsbestimmungen, die durch die Organe und Versicherungsbehörden des Saargebietes erlassen worden sind, werden als gültig anerkannt, ebenso wie wenn sie durch die Organe und Versicherungsbehörden des Reiches erlassen worden wären.

#### F. Beamte des Saargebietes.

Wie schon in meinem Bericht vom 27. September d. J. betont, ist die Lage der Beamten nach der Abstimmung schon am

27. Mai 1933 Gegenstand einer Erörterung vor dem Rat gewesen, im Laufe deren der Rat den Grundsatz betont hat, daß die Rechte der Saarbeamten in jedem Fall gewahrt werden müssen, wobei er sich vorbehielt, später die Einzelheiten der Anwendung dieses Grundsatzes festzulegen, wobei er sich gegebenenfalls von den Abkommen leiten ließ, die zwischen der Saarregierung und den interessierten Regierungen möglicherweise geschlossen werden könnten.

Der Rat hat diesen Grundsatz in seiner Sitzung vom 27. Dezember d. J. von neuem bekräftigt, nachdem er mit der Frage durch einen Bericht der Regierungskommission vom 4. September befaßt worden war.

Auf Bitten des Ausschusses haben sich die beiden interessierten Regierungen bereit erklärt, in Verhandlungen mit der Regierungskommission einzutreten. Diese hat die Verhandlungen mit der deutschen Regierung am 26. November 1934 begonnen. Der Rat wird in seiner Januarsitzung mit den Ergebnissen dieser Verhandlungen befaßt werden und wird, soweit nötig, die geeigneten Maßnahmen treffen, um seiner Entschlieung vom 27. Mai 1933 Wirkung zu verschaffen.

(Schluß folgt.)

## Einstimmige Annahme des Saarberichts durch den Völkerbundsrat / Aufstellung einer internationalen Abstimmungspolizei

Bereits am 6. Dezember trat der Völkerbund zu seiner Sondertagung zur Entgegennahme des Saarberichts des Dreier-Ausschusses zusammen. Sie brachte insofern eine Ueberraschung, als in öffentlicher Sitzung der französische Außenminister Daval den Völkerbundsrat ersuchte, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet durch den Völkerbund eine internationale Polizeitruppe einzusetzen, in der weder Deutschland noch Frankreich vertreten sind. Diesem Vorschlag stimmten Eden für England und Aloisi für Italien zu. Eden erklärte darüber hinaus, daß England bereit sei, ein Kontingent für eine solche internationale

Polizeitruppe zu stellen. Nachdem der Präsident der Saarregierung, Anoz, auch auf Anfrage erklärt hatte, daß „im Saargebiet Elemente der Unruhe vorhanden seien und die Leidenschaften überhitzt wären“, beschloß der Völkerbundsrat, dem Dreier-Ausschuß die Prüfung der Polizeifrage zu übertragen.

Der Vorsitzende des Saarausschusses des Völkerbundes, Baron Aloisi, setzte sich daher in Ausführung dieses Auftrages durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf mit der Reichsregierung in Verbindung, um deren Standpunkt hinsichtlich der Fragen kennen zu lernen, die durch

Im zweiten Teil des Abends trugen unsere Landsleute Hermann Winkelsträter und Stummhüllig mundartliche Dichtungen — „Die Saarbrigger Sprooch“ von Hauser und „s Jeshche“ von Stummhüllig — vor. Es brauchte kaum gesagt zu werden, daß beide stürmischen Beifall und Heiterkeit auslösten.

So war der Abend in allen seinen Teilen wohl gelungen. Albert Köller wird selbst den schönsten Lohn empfunden haben, als er feststellen durfte, daß seine Veranstaltung von A bis Z die große Saargemeinde fesselte und begeisterte. Wir danken es ihm, daß er auch auf künstlerischem Wege der Reichshauptstadt den Saarkampf nahebrachte und bei allen den starken Eindruck hinterließ, daß das Saargebiet sich am 13. Januar siegreich zum deutschen Vaterland zurückschlagen werde.

Diese Ueberzeugung wurde noch verstärkt durch die kurze Ansprache, die der Leiter der Geschäftsstelle Saarverein, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, an die Kongregatsgemeinde richtete. Er wies dabei auf die soeben zustande gekommene deutsch-französische Saareinigung hin, die als Schicksalswende in der Frage der Saarrückgliederung zu bezeichnen sei. Ohne auf den Leidensweg des saar-deutschen Volkes seit dem Einzug der französischen Besatzung vor nunmehr fast genau sechzehn Jahren einzugehen, hielt er es doch für seine Pflicht, festzustellen, daß in diesen sechzehn Jahren Kampf um deutsche Freiheit und Gerechtigkeit der einige Wille dieses saar-deutschen Volkes nie geschwankt hat. Wenn jetzt die Entscheidung des Dreier-Ausschusses in Rom durch die Zustimmung der deutschen und französischen Unterhändler das Ergebnis der Abstimmung am 13. Januar gleichsam vorwegnehme, so solle doch das eine nicht vergessen werden, daß dieses Ergebnis nur erzielt werden konnte durch die unentwegte Treue des deutschen Saardvolkes. Nach dem letzten Trommelfeuer von Bedrückungen und Bedrohungen, die durch Emigranten und Separatisten, durch Maßnahmen und Denkschriften der Saarregierung und französisches Säbelraseln ausgeübt wurden, gebe das Saardvolk noch einmütiger, noch stolzer und noch eindringlicher der Welt bekannt, daß es nur ein Ziel

und ein Vaterland kenne: Deutschland! Mit Recht dürfe man daher feststellen, daß das Ergebnis von Rom die Auswirkung der saar-deutschen Treue sei. Dank gebühre aber auch dem deutschen Volk allgemein, das durch all die Jahre hindurch durch Wort und Tat sich zum deutschen Saargebiet bekannt hat und niemals einen Zweifel daran ließ, daß es nicht ruhen und nicht rasten werde, bis dem Saargebiet das deutsche Vaterland zurückgegeben sei. Rückhaltlose Anerkennung sollte der Vortragende auch den deutschen Unterhändlern in Rom für ihre zähe und sachliche Arbeit. Sie hätten um jeden Quadratmeter deutschen Bodens an der Saar gerungen und schließlich ein Einigungswerk zustande gebracht, das dem Recht und der Wahrheit mehr entspreche als die Forderungen, die Barthou in seiner Denkschrift niederlegte. Ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung widmete er auch dem Vorsitzenden des Dreier-Ausschusses, dem italienischen Staatssekretär Aloisi. Die in Rom zustande gekommene Einigung bezeichnete Vogel auch für Deutschland tragbar. Es werde die 150 Millionen zum Rückkauf der Saargruben usw. aufbringen, wenn es sein müsse, durch eine gemeinsame Opfergabe des deutschen Volkes (stürmischer Beifall). Das Schlußwort des Abends sprach der Vorsitzende des Berliner Saarvereins, Richard Hellwig. Er skizzierte darin noch einmal kurz das Wollen Frankreichs, wie es in Versailles zutage trat und wie es fünfzehn Jahre lang sich an der Saar ausprägte. Am 13. Januar werde die Welt erfahren, daß die im Friedensvertrag über unsere Saarheimat enthaltenen Bestimmungen auf einer Lüge aufgebaut sind. Er kennzeichnete weiter die Unwahrhaftigkeit der Status-quo-Anhänger, die mit materiellen Schlagworten hausieren gingen und außer acht ließen, daß es bei einem Freiheitskampf eines Volkes um höhere Dinge, um Vaterland, Treue und Ehre gehe. Er gab zum Schluß für die Berliner Abstimmungsberechtigten das Gelöbnis ab, daß sie am 13. Januar 1935 ihr Teil dazu beitragen würden, daß das Saargebiet zum Vaterland zurückkehre. Nach einem Siegesheil auf Vaterland, Führer und Saarheimat klang der Abend mit dem gemeinsam gesungenen Saarländ aus.



die verschiedenen Erklärungen der Mächte vor dem Völkerbundsrat aufgeworfen wurden. Vor allem erbat er eine Stellungnahme zu der geforderten Aufstellung eines internationalen Truppenkontingents.

#### Die deutsche Antwort

Hierauf lautete:

Die deutsche Regierung hat von den Erklärungen Kenntnis genommen, die im Völkerbundsrat zur Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet während der Abstimmungsperiode abgegeben worden sind. Sie ist ihrerseits zwar der Ansicht, daß die Verhältnisse im Saargebiet eine Heranziehung auswärtiger Kräfte für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht notwendig erscheinen lassen; sie will sich aber gleichwohl damit einverstanden erklären, daß, sofern der Rat dies beschließt, neutrale internationale Kontingente in angemessener Stärke zu dem erwähnten Zweck ins Saargebiet entsandt werden.

In einer zweiten Sitzung des Völkerbundsrates nahm nochmals der französische Außenminister Laval das Wort, um ausdrücklich zu erklären, daß Frankreich den Vorschlägen des Dreier-Ausschusses in vollstem Maße zustimme. Der Bericht sei im Geiste der Unparteilichkeit und der Voraussicht abgefaßt, die Frankreich immer gewünscht (?) habe. Frankreich habe bei dieser Gelegenheit seine Verständigungsbereitschaft bewiesen. Er kam in diesem Zusammenhang auf die Frage des Status quo zu sprechen und unterstrich dabei seine Erklärung, die er hierüber in der französischen Kammer gemacht hatte. Wenn eines Tages die Saarbevölkerung den Wunsch haben sollte, zum Reich zurückzukehren, dann wäre es Sache des Völkerbundsrates, darüber zu entscheiden. Frankreich werde sich dem nicht widersetzen. Schließlich konnte der Vorsitzende Benesch die einmütige Zustimmung des Rates zu dem Bericht Aloisis feststellen.

In seiner Schlußsitzung vom 11. Dezember beschloß der Völkerbundsrat, der Aufstellung eines internationalen Truppenkontingents in Höhe von 3300 Mann zuzustimmen. Davon werden England 1500, Italien 1300, Schweden und Holland je 250 Mann stellen. Die internationale Macht soll zur Verfügung der Saarregierung gestellt werden, die die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung behält. Militärisch untersteht die gesamte Truppenmacht dem englischen Generalmajor Brind.

#### Tagung des Völkerbundsrats während der Abstimmungstage.

Weiter beschloß der Völkerbundsrat auf Vorschlag Beneschs, die nächste Tagung des Rates mit Rücksicht auf die am 13. Januar stattfindende Abstimmung im Saargebiet nicht, wie vorgesehen, am 21. Januar, sondern schon am 11. Januar stattfinden zu lassen. Er hat sich dabei von der Auffassung leiten lassen, daß es notwendig erscheine, während der Abstimmung im Saargebiet den Rat versammelt zu lassen, damit er gegebenenfalls eilige Beschlüsse fassen könne.

#### Deutschlands Dank an Mussolini.

Der deutsche Botschafter v. Hassel besuchte nach Verabschiedung des Saarberichts durch den Völkerbundsrat Mussolini, um der italienischen Regierung den Dank Deutschlands für die erfolgreiche Mittlerarbeit in der Saarfrage zum Ausdruck zu bringen. Auch die englische und französische Regierung brachten Mussolini aus dem gleichen Grunde ihren Dank zum Ausdruck.

#### Deutsche Stellungnahme zur Polizeifrage.

Zu der von Laval vorgeschlagenen und schließlich auch von Deutschland zugestimmten Entsendung eines internationalen Polizeitruppen-Kontingents schreibt die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz u. a.:

Vom deutschen Standpunkt aus ist zwar nach wie vor nicht einzusehen, daß eine solche Maßnahme überhaupt notwendig ist. Schon in früherer Zeit wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die vorbildliche Disziplin der deutschen Bevölkerung an der Saar ausreichende Garantien für einen normalen und ruhigen Verlauf der bevorstehenden Abstimmung bietet, deren reibungslose Abwicklung schon in ihrem eigensten Interesse liegt. Die Tatsachen haben dieser Auffassung auch stets Recht gegeben.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen und sicherlich stichhaltigen Erwägungen aber ist die Erklärung Laval's ein erneuter Beweis dafür, daß er auch weiterhin streng auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit verbleiben will, was als ein glückliches Symptom angesehen werden darf. Wenn England dem Vorschlag in dieser Form zugestimmt und sich sofort bereit erklärt hat, tatkräftig an der Durchführung des Planes mitzuwirken, so gibt es damit indirekt zu verstehen, daß sich London letzten Endes doch zum Geist von Locarno bekennt, den man in letzter Zeit gerade bei den verschiedensten Manifestationen leider vermissen mußte.

## So spricht Frankreich

### Die betrübten Lohgerber

Wir hatten Gelegenheit, im letzten Aufsatz von den gallischen Tellen zu sprechen, die während der römischen Verhandlungen den Tiber hinabschwammen. Die Trauer über diese schmerzlichen Vorgänge war Ende November in Paris sehr lebhaft. Am deutlichsten drückte sie wohl Pertinax aus. Schrieb er doch am 27. im „Echo de Paris“: „Die Wahrheit ist, daß die römischen Botschaften vom ersten Tag an nach Genf verlegt gehört hätten, und daß die Verschiebung der außerordentlichen Ratssitzung auf den 3. oder gar auf den 4. Dezember nie hätte zugestanden werden dürfen. ...“ Dort beim Völkerbund hätte ja Frankreich auf Hilfe hoffen können. Der Sowjetruß und der Türke werden als Zeugen dafür aufgerufen und der Wunsch ausgesprochen, daß „ihre Festigkeit in Paris Schule machen möge“. Das richtet sich natürlich gegen den Minister Laval. Die Unzufriedenheit mit ihm, von der wir ebenfalls schon das letztemal sprachen, steigt. Eine Aeußerung, die ihm auf Grund der Angriffe von linker Seite her entschlüpfte: „Er lasse sich nicht von Juden und Internationalisten leiten“, wird im oben genannten Aufsatz, dessen Verfasser sich sonst nicht gerade auf diese Kreise stützt, mit den Worten zurückgewiesen: „Man verlangt von Herrn Laval nicht, daß er jenen Leuten folge, sondern die Einhaltung des internationalen Rechts sichere — und um so besser, wenn die Juden und Internationalisten auf dieser Seite stehen!“

Am 30. November und 1. Dezember fand dann in der

Deputiertenkammer die Verhandlung über den Haushalt des Ministeriums des Aeußeren statt, in der Laval zweimal das Wort ergriff. Seine die Debatte leitende Erklärung beschäftigte sich zunächst mit der Gesamtlage und am Schluß erst mit der Saar. Ihr Leitgedanke war die Notwendigkeit der „Aufrechterhaltung der internationalen Zusammenarbeit, deren vornehmstes Instrument die Genfer Einrichtung bleibt“. Dieses sowohl vor der Kleinen Entente als vor dem augenblicklich in England gültigen Glaubensbekenntnis des „Kollektiv-Systems“ in der Politik verübte Kompliment hätte also eigentlich der eben erwähnten Forderung von Pertinax entsprochen. Aber siehe da, obgleich Laval auch den im Hinblick auf die Folgen der Saarabstimmung sehr eigenartigen Satz gesprochen hatte: „Jeder, der einen Grenzstein in Europa verschieben will, stört den Frieden Europas“, wandte sich der Abgeordnete Franklin-Bouillon gegen die Saarpolitik der Regierung und gleichzeitig gegen die Aussprachen der Frontkämpfer. Seinen weiteren Angriffen gegen Deutschland gab der Regendeputierte von Guadeloupe seine Zustimmung mit dem Rufe: „Deutschlands Verhalten ist eine Schande für die Zivilisation!“ Diesem gemeinsamen Vorstoß weiser und schwarzer Franzosen folgte zwar die Mehrheit der Kammer nur mit sichtlich rückwärtstastender, aber das Mißbehagen über die Ergebnisse der römischen Verhandlungen leuchtete doch überall durch. Die nahezu einzige



positive Äußerung Lavals war, daß „Frankreich verlangen werde, zusammen mit anderen Ländern die Polizeiaufgabe zur etwaigen Herstellung der Ordnung durchzuführen“.

### Die Beurteilung des Aloisiberichts

Am 5. Dezember erschien in Genf der Bericht des Dreierausschusses mit dessen Anträgen und den auf Grund der römischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Abmachungen. „Echo de Paris“ sprach noch von einem „Oberflächenoptimismus“, der sich auf französischer Seite zeige. Dann aber kam der „wahrhaftige Theatercoup, dessen Bedeutung gar nicht übertrieben werden kann“ („Temps“, 7. 11.), Englands „Initiative, die alle Genfer Delegationen tief erstaunen mußte“ („Echo de Paris“, 6. 12.). Bertinaz hat das sonst ängstlich geheim gehaltene Geheimnis gelüftet: Völlig überraschend hat der britische Delegierte Eden in der geheimen Sitzung des Rats die Stellung von Truppen für das Saargebiet ohne die Beteiligung Frankreichs vorgeschlagen. Erinnern wir uns an die oben wiedergegebene Äußerung Lavals vor der Deputiertenkammer, wonach Frankreich zusammen mit anderen Ländern die Polizeiaufgabe lösen werde, so zeigt das schon die Enttäuschung, die diese neue Lage hervorrief. Alles, was Barthou mit seiner Einmarschdrohung erreichen wollte, ist damit erledigt, ebenso wie die von der jetzigen französischen Regierung geäußerte Absicht, sich nunmehr vom Völkerbundsrat die Erneuerung der Sicherheitsbefugnis für das Saargebiet aus dem Jahre 1926 bestätigen zu lassen. Es war eine schwere französische Niederlage. Natürlich suchte man sie zu verhüllen, England erklärte, alles vorher mit Frankreich vereinbart zu haben, Frankreich suchte sich zuerst mit der schwachen Hoffnung aufzurichten, daß Deutschland Schwierigkeiten machen werde. Dann wurde die Parole ausgegeben, daß das Wiederauftreten britischer Truppen in Mitteleuropa eine Erneuerung des zu Ende des Weltkrieges bestehenden Verhältnisses zwischen Frankreich und England bedeute. „Es ist zum erstenmal seit langem, daß verbündete Streitkräfte die Front gegen Osten entwickeln, um die Beachtung einer Klausel des Versailler Vertrags durchzusetzen.“ („Ami du peuple“, 6. 12.) Weitere Zusammenarbeit gegen Deutschlands Aufrüstung wurde dem französischen Volke von seiner Presse in Aussicht gestellt. Das Blatt des Außenministeriums allerdings brachte („Temps“, 8. 12.) doch nicht solche Meinungstauschung zuwege. Es schloß seinen Leitartikel resigniert: „Man kann feststellen, daß unsere Diplomatie in Genf sich unter Bedingungen bewährt hat, über die die französische und europäische öffentliche Meinung sich nur beglückwünschen können.“ Anfänglich hob man den Gegensatz zwischen der jetzigen englischen Haltung und bisherigen Ablehnung, britische Truppen abzuordnen („Saarfreund“ S. 513) hervor, verzeichnete höhnisch die Äußerungen der Rothermerischen Blätter gegen die neue Wendung (z. B. „Daily

Express“, 5. 12.: „Wir spielen die Rolle des Trotters, der sich in einen ihn nicht berührenden Streit mischt.“) Als aber das Unterhaus sich am 6. Dezember so allgemein hinter die Regierung gestellt hatte, blieb den Franzosen nichts anderes mehr übrig, als gute Miene zu dem sehr bösen Spiel zu machen. Bertinaz („Echo de Paris“, 8. 12.) konnte es sich nicht versagen, dem englischen Vertreter einen Tritt zu versetzen: „Herr Eden kann nicht viel über Mitteleuropa wissen.“

Dem eigenen Volke macht man vor, daß den Saarländern eine zweite Abstimmung gesichert sei, und daß diese daher ruhig jetzt für den Status quo stimmen könnten, da das ja nicht endgültig sei. So überschreibt der „Matin“ am 7. 12. seinen Leitartikel mit diesen Lettern und fügt in kleineren bei: „Frankreich und alle Mitglieder des Völkerbundsrates sind sich über dieses wichtige Problem einig.“ Wir müssen hier doch feststellen, daß eine ganz grobe Irreführung vorliegt. Im Aloisibericht heißt es nur: „Daraus, daß (im Falle der Abstimmung für den Status quo) der Völkerbund Inhaber der Souveränität über das Gebiet wird, würde folgen, daß er in Zukunft die Macht hätte, über diese Souveränität zu verfügen, in dem Maße, wie das mit den Bestimmungen des Vertrags und in Harmonie mit den Grundsätzen vereinbar ist, auf deren Basis ihm die Souveränität über das Gebiet übertragen wurde und ausgeübt werden soll.“ Mit dem Vertrage aber ist eine zweite Abstimmung nicht vereinbar.

Lavals Erklärung in der Kammer am 30. November hatte gelaute, daß der Völkerbundsrat zu entscheiden habe, falls die Saarbevölkerung später einmal den Wunsch zur Rückkehr in die deutsche Gemeinschaft wünschte. Frankreich würde sich dann dem nicht entgegenstellen. Das bedeutet praktisch nicht die geringste Sicherheit für eine solche Möglichkeit. Es handelt sich also nur um einen üblen Bauernfang!

An den jetzigen Beratungen über Stärke, Zusammensetzung und Befehlshührung des internationalen Kontingents ist das Wichtigste wohl der Zeitpunkt, wann dieses eintrifft. Die Engländer haben sechs Tage Vorbereitungszeit dafür angemeldet. Da aber jetzt die Angaben über die Zeit vor Weihnachten bis Anfang Januar schwanken, ist zu bemerken, daß in der französischen Presse der Anspruch erhoben wird, daß Frankreich solange einmarschieren solle, als die Truppen der anderen Mächte noch nicht eingetroffen ist. Hierin kann noch ein Anlaß zu Weiterungen liegen. Nicht verhehlt aber darf gegenüber einer Äußerung der „Times“ über einen freudigen Empfang der fremden Truppen im Saargebiet die Tatsache werden, daß jene zwar lieber als Franzosen dort gesehen werden, aber daß nur das Bewußtsein, damit ein letztes Opfer für die Freiheit zu bringen, diese Maßnahme erträglich gestalten wird.

(Abgeschlossen am 9. Dezember 1934.)

Oberst a. D. Rudolf Ritter von Eylander.

## Verzweiflungsschritt der „katholischen Separatisten“!

### Französische Propagandagelder für Hoffmann und seine Gründungen

Wie verzweifelt es um die Aussichten des Separatismus an der Saar stehen muß, zeigt die Neugründung eines sogenannten „Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft“, der das Grüppchen separatistischer Katholiken um die „Neue Saarpfost“ und ihren Chefredakteur Hoffmann umfaßt. Unter dieser „christlichen“ Tarnung möchte man im letzten Augenblick versuchen, noch eine Anzahl deutscher Katholiken an der Saar für separatistische Ziele einzufangen. Hoffmann glaubt offenbar, daß man es in katholischen Kreisen des Saargebiets bereits vergessen habe, daß er noch vor wenigen Monaten in Frankreich umhergezogen ist, um dafür Stimmung zu machen, die Saarabstimmung um zehn bis fünfzehn Jahre verschieben zu lassen. Bei der Gründung dieses Separatisten-Klingels ist den Drahtziehern jedoch das Malheur passiert, daß bekannt wurde, wer hinter diesem angeblichen „Deutschen Volksbund“ steht.

Diese Gründung war schon vor einiger Zeit vorgesehen

und in der französischen Presse mit großen Hoffnungen begrüßt worden. Aber unmittelbar nach der überraschend einberufenen Gründungsversammlung hatten die beiden für das Saargebiet zuständigen Bischöfe von Trier und Speyer den Geistlichen die Beteiligung an der neuen „katholischen Partei“ untersagt und die Teilnahme an der Gründungsversammlung offen gerügt. Jetzt bringt die Tageszeitung der Deutschen Front eine Reihe von Enthüllungen, durch die gewisse Hintergründe der neuen Parteigründung aufgeheilt werden. Sie veröffentlicht einen Geheimbericht des Agenten für politische Propaganda bei der französischen Direktion der Saargruben, des Herrn Rossenbed. In dem Bericht singt der Agent ein großes Klagegedicht über die Enttäuschungen, die er mit der „Neuen Saarpfost“, ihrem Leiter Hoffmann und seinen Helfershelfern erlebt hat. Es geht weiter daraus hervor, daß diese Status-quo-Zeitung mit französischen Propagandageldern finanziert worden ist. Wörtlich heißt es in dem Bericht:



Es werden monatlich 120 000 Franken an Hoffmann für sämtliche Unkosten der Zeitung einschließlich Gehälter der Redakteure überwiesen, und man fragt sich unwillkürlich, wo die Differenz geblieben ist und noch bleibt. Im günstigsten Falle könnte man annehmen, daß dieses Geld teilweise zur Begleichung gewisser unwichtiger Dinge gedient hat. Allem Anschein nach haben diese Kosten kaum ihrem eigentlichen Zweck gedient. Auf jeden Fall ist aber der wichtigste Teil der Aufgabe vernachlässigt worden.

Der „wichtigste Teil der Aufgabe“, die das französische Büro Fribourg Herrn Hoffmann zugebachte hatte, war der Auftrag für eine ausgedehnte Propaganda zur Gründung der jetzt ins Leben gerufenen Partei. Dieser Auftrag liegt schon Monate zurück, und nun beklagt sich der Herr Propagandaagent darüber, daß seine separatistischen Gewährsleute in den vergangenen Monaten nichts Rechtes auf die Beine gebracht, aber recht viel Geld, rund 120 000 Franken je Monat, verbraucht haben. Erst auf sein Drängen wurde dann die Gründungsversammlung ziemlich überstürzt und wenig vorbereitet einberufen. Herr Hoffmann ist mit seinen Freunden von der „Neuen Saarpresse“ wenig zufrieden und hat daher selbst die Verteilung der Rollen in der Führung der neuen Partei vorgenommen. Hoffmann selbst erscheint ihm zu geldgierig (ein altes Leiden!) und ohne rechtes Geschick, die anderen Leute um ihn sind z. T. suspekt Elemente, die für eine „katholische Partei“ eine allzu starke Belastung sind. Dagegen empfiehlt er die beiden Jumbusch, Vater und Sohn, die ihm als leidenschaftliche Gegner des Dritten Reiches gerühmt worden sind. Das ganze Unternehmen entpuppt sich auf diese Weise als eine Machenschaft der Propaganda des französischen Agenten und als ein großer Betrug an den Katholiken des Saargebietes, die der Einladung zur Gründungsversammlung in gutem Glauben gefolgt waren. Die Warnung der Bischöfe von Trier und Speyer war daher nur zu berechtigt.

#### Saarkatholiken gegen Hoffmann und Volksbund

Über 1000 führende katholische und evangelische Persönlichkeiten aus allen Orten des Saargebietes haben einen großen Appell an das christliche deutsche Saarvolk gerichtet, um mit aller Entschiedenheit gegen die neue katholische Gruppenbildung Stellung zu nehmen. Der Appell trägt die Unterschriften des

Bundesleiters der Deutschen Front, zahlreicher Mitglieder des Bundesrates, darunter des früheren Vorsitzenden Lebacher, des Gewerkschaftsführers Peter Kiefer, des früheren Zentrumsführers Steegmann, einer großen Anzahl von Geistlichen sowie zahlreicher anderer Persönlichkeiten aus allen Gebiets teilen. In dem Aufruf heißt es:

„Getreu der Mahnung des verewigten Reichspräsidenten v. Hindenburg: „Seid einig, einig, einig“ haben sich die deutschen Saarländer beider christlichen Konfessionen am 1. März 1934 in der alles umfassenden Deutschen Front zusammengeschlossen, um ihrem unbegrenzten Willen, zum deutschen Vaterland zurückzukehren, sichtbaren Ausdruck zu geben. Diese Einstellung befindet sich im Einklang mit der Lehre der beiden christlichen Bekenntnisse, insbesondere haben die zuständigen Bischöfe von Trier und Speyer erklärt, daß die Liebe und Treue zum angestammten Volkstum und Vaterland sittliche Tugenden seien. Nur die völlige Geschlossenheit des christlichen und deutschen Volkes an der Saar gewährleistet die Beseitigung des ihm zugefügten großen nationalen Unrechts und die dauernde Wiedervereinigung unserer deutschen Heimat mit dem angestammten Vaterland sowie die so notwendige Befriedung Europas.“

Trotzdem hat sich 44 Tage vor der Abstimmung ein neues Grüppchen zusammengetan, das sich „Deutscher Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft“ nennt. Es kann sich aber nur um eine ganz verschwindende Minderheit von Unzufriedenen handeln, die keinerlei Berechtigung haben, sich als die Vertreter des christlichen deutschen Saarvolkes zu bezeichnen. Wer gemeinsam mit Marxisten, Kommunisten, also den wirklichen Antichristen, für Christus kämpfen will, kann sich nun und nimmer als Verfechter christlicher Ideale bezeichnen.

Wir sind fest überzeugt, daß das ganze echte christliche deutsche Saarvolk diesen neuen Bund unter allen Umständen ablehnt. Es ist zu stolz, sich in die Gemeinschaft von Menschen zu begeben, die sich mit Gott- und Vaterlandslosen im gemeinsamen politischen Zielstreben gefunden haben. Es wird geschlossen festhalten an der einzigen, für das christliche deutsche Saarvolk in Frage kommenden Parole:

Alles für Deutschland, unser Deutschland!“

## Zur Saarabstimmung am 13. Januar

### 55 000 Abstimmungsberechtigte außerhalb des Saargebietes

Wie nunmehr feststeht, werden etwa 55 000 Abstimmungsberechtigte, die außerhalb des Saargebietes wohnen, an der Saarabstimmung teilnehmen. Der größte Teil von ihnen, nämlich 48 000, kommt aus dem übrigen Reichsgebiet. Frankreich stellt ein Kontingent von rund 5000 Mann, das sich zum größten Teil aus Personen des lothringischen Grenzgebietes zusammensetzt. Über Erwarten groß ist auch die Zahl derjenigen, die von Uebersee kommen und zum Teil bereits deutschen Boden erreicht haben.

Eine ganze Reihe von Abstimmungsberechtigten hat sich bereits vor einiger Zeit in Marsch setzen müssen. So kommen etwa 900 Abstimmungsberechtigte aus Nordamerika und Kanada, 210 Abstimmungsberechtigte aus Mittel- und Südamerika. Aus Afrika und Asien werden etwa 30 Abstimmungsberechtigte erwartet. Von den europäischen Ländern kommen 280 aus Holland, 360 aus Luxemburg, 70 aus der Schweiz, 44 aus Belgien, 43 aus Spanien, 27 aus Österreich, 33 aus Italien, 17 aus England und 10 aus Polen. Aus zahlreichen kleineren Ländern Europas kommen ebenfalls Abstimmungsberechtigte. Das Hauptkontingent der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich entfällt natürlich auf Westdeutschland. Aus Berlin werden 1700 Menschen erwartet, aus Ostpreußen 206, aus Danzig 15, von Eupen-Malmedy etwa 40, aus Schlesien etwa 200. Die deutschen Großstädte stellen einen hohen Prozentsatz der erwarteten Abstimmungsberechtigten. Allen voran marschiert hierbei Trier mit 1832 Menschen, die zur Teilnahme an der Saarabstimmung berechtigt sind.

In mühseliger Arbeit wurden bereits seit Monaten umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um den Massentrans-

port nach dem Saargebiet in die Wege zu leiten. Die ungeheure Arbeit wird im Reich durch die Saarvereine bewältigt, während im Saargebiet selbst die Vorbereitungen in den Händen des Verkehrsbüros und Quartieramts der Deutschen Front liegen, die dafür Sorge trägt, daß jeder Abstimmungsberechtigte eine genau festgelegte Unterkunft erhält. Die Organisation wurde durch die strengen Bestimmungen der Regierungskommission sehr erschwert, daß keiner der 57 geplanten Sonderzüge aus Deutschland vor Sonnabend, den 12. Januar, morgens 8 Uhr, ins Saargebiet einfahren darf und diese Züge bis Montag, den 14. Januar, abends 9 Uhr, das Saargebiet wieder verlassen haben müssen.

### Die Ausweise für Abstimmungsberechtigte

Die technischen Vorbereitungen sind in vollem Gange. Jeder Abstimmungsberechtigte muß im Besitz eines Reisepasses und des Abstimmungsausweises sein, der, um alle Fälschungen zu vermeiden, auf Banknotenpapier hergestellt wird. Die Ausweise werden den Stimmberechtigten zugestellt werden. Jeder aus Deutschland kommende Saardeutsche hat seinen bestimmten Zug und sein von vornherein festgelegtes Quartier. Auf der Strecke von seinem Heimatort bis zum Abstimmungsort wird überall für Verpflegung gesorgt werden. Sämtliche nicht im Saargebiet wohnhaften Abstimmungsberechtigten erhalten freie Fahrt auf dem Dampfer oder der Bahn. Alles innerhalb und außerhalb des Saargebietes rüstet sich auf den Massenaufmarsch der Abstimmungsberechtigten am 13. Januar.



### **Einfreiseverbot für SA und SS**

Der Saarbevollmächtigte des Reichstanzlers Bürdel erläßt folgende Anordnung:

An alle SA- und SS-Männer im Reich!

Kommunisten und Emigranten versuchen unter dem Hinweis, daß aus dem Reich „größere Gruppen“ von SA- und SS-Männern in das Saargebiet kommen, die Öffentlichkeit wieder von angeblichen deutschen Putschabsichten zu unterrichten.

Um auch diese Zweckmeldung von vornherein entsprechend zu beleuchten, wird angeordnet:

Allen SA- und SS-Männern ist es strengstens untersagt, in das Saargebiet einzureisen, gleichviel, aus welchen Gründen dies geschehe, es sei denn, daß es sich um Abstimmungsberechtigte handelt. Diese haben sich selbstverständlich an den vorgeschriebenen Einreisetermin zu halten.

Wer trotz dieser Anweisung den Versuch macht, in das Saargebiet einzureisen, wird von der zuständigen Parteiendienststelle sofort zur Rechenschaft gezogen.

Neustadt/S., den 6. Dezember 1934.

(gez.) Bürdel,

Saarbevollmächtigter des Reichstanzlers.

## **190 Monate Kampf um Saarrecht, Saarm Wahrheit und Saarfreiheit**

Von Dr. Rothlich - Berlin

Fortsetzung aus Nr. 24 vom 1. Dezember.

### **„Grundlagen des Rechts im Saargebiet“**

Von Otto Andres, Senatspräsident, Raumburg a. d. S.

Zu den grundlegenden Schriften über die Saarfrage gehört in ganz besonderem Maße die Schrift von Senatspräsident Otto Andres über „Grundlagen des Rechts im Saargebiet“, die in ähnlicher Form und mit ähnlichen Gedankengängen auch in den „Völkerrechtsfragen“ (13. Heft) und in anderen Zeitschriften erschienen ist. Diese Schrift darf deswegen als eine Standardchrift angesprochen werden, weil sie wohl zum ersten Male das Saarproblem von der juristischen Seite anpackte und nach allen Seiten hin erörterte. In dem Vorwort der mit ungeheurem Fleiß und großer Sachkenntnis bearbeiteten Abhandlung sagt der ehem. erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, daß die Macht in Versailles das Recht verdunkelt, und die Befangenheit des Siegers eine einfache und folgerichtige Auslegung der Vertragsbestimmungen vielfach verhindert habe. Im Gegensatz hierzu bezeichnete Andres es als Sinn und Ziel seiner Schrift, sine ira et studio die Prüfung der Vertragsbestimmungen vorzunehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus gab Senatspräsident Andres zunächst Richtlinien für die Auslegung der Saarbestimmungen des Friedensdiktates, dann gab er einen Überblick über die Eingriffe in die bestehenden Verhältnisse nach Inhalt und Zweck, erörterte sodann ausführlich den deutschen Verzicht nach den verschiedensten Seiten hin, weiterhin die Richtlinien, nach denen die Saarregierung geführt werden sollte. Schließlich kennzeichnete er die Rechtsstellung und die Vorrechte des französischen Staates im Saargebiet im einzelnen und besprach als Letztes die endgültige staatliche Rechtsordnung für das Saargebiet, die Volksabstimmung, die drei Fragen, die zur Abstimmung stehen, die Entscheidung des Völkerbundes und die Einführung der endgültigen staatlichen Rechtsordnung. Unter Benützung einer eingehenden, geradezu erschöpfenden Literatur hat der Verfasser alle Seiten und Teilfragen des Saarrechtsproblems erörtert. Wer die Rechtsfragen des Saarproblems erörtern will, kann noch heute an dieser grundlegenden Schrift nicht vorbeigehen. Von besonderem Interesse ist noch heute die Auffassung des Verfassers über die Frage 1, nämlich über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Status quo. Auf Grund einer eingehenden juristischen Durchprüfung kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß es sich bei dieser Frage gar nicht um die Aufrechterhaltung der bisherigen Rechtsordnung, sondern um die Einführung einer neuen Rechtsordnung mit wesentlich anderem Inhalt handelt. Denn einmal trete in diesem Falle der Völkerbund an die Stelle Deutschlands als Souverän, und weiterhin würde er in solchem Falle mit Befugnissen ausgestattet, die ihn in die Lage versetzen, die bisherige Rechtsordnung von Grund auf zu ändern. Das Saargebiet werde dann ein eigener Staat, und es gäbe auch eine

eigene Staatsangehörigkeit, die nach einer Ordnung verlange. Der Völkerbund werde dann unumschränkter Herrscher im Saargebiet. Die Schlußfolgerung des Verfassers ist darum von aktuellem Reiz:

„Die irreführend Aufrechterhaltung der bisherigen Rechtsordnung“ genannte Möglichkeit bedeutet also in Wirklichkeit eine weitere Entrechtung der Bevölkerung des Saargebiets, die dem Völkerbund als einem unumschränkten Herrscher, der die Fülle der ganzen Staatsgewalt in sich vereinigt, ausgeliefert ist.“

Ein Rückauf der Gruben oder eine Abtretung an den Völkerbund findet im Falle des Übergangs der Staatshoheit auf diese nicht statt. Von Bedeutung ist daher die letzte Feststellung des angesehenen Verfassers, daß für diesen Fall der Zustand, daß sich die Hauptschätze des Landes im Besitze einer fremden Macht befinden, zum Dauerzustand wird. Diese Feststellung ist für die Aufklärung des Sinnes der Abstimmungsfragen gerade heute von besonderem Wert. Das Saarvolk wird sich am 13. Januar 1935 danach zu richten wissen.

### **„Die Saarlüge“**

Von Rechtsanwalt und Notar Giersberg.

Diese kleine, in Tausenden von Exemplaren durch die Geschäftsstelle „Saarverein“ verbreitete Schrift aus der Feder eines früheren Saarbrüders war eine wirkungsvolle Propagandaschrift gegen den unverschämten Betrug, der von Clemenceau und Tardieu auf der Friedenskonferenz in der Saarfrage verübt wurde. Auf knappen 21 Seiten wurde die Geschichte dieses schamlosen Betrugs in volkstümlicher und wirkungsvoller Weise dargestellt. In einer Zeit, wo noch wenige Deutsche etwas von den Intrigen der Friedenskonferenz wußten, entkleidete Rechtsanwalt Giersberg den französischen Imperialismus seiner Freiheits- und Gerechtigkeitsmaske. „Er mußte“, so schreibt Giersberg auf Seite 4 seiner Broschüre, „zur Unaufrichtigkeit greifen, um zu verhindern, daß Amerika die Konferenz verließ und seine Verbündeten einer ungewissen Zukunft preisgab.“ Es genügt, in diesem Zusammenhang an das Wort Tardieus zu erinnern, wie Frankreich gezittert hat, als Wilson den „Lord Washington“ zur Fahrt bereitstellen ließ. Im Anschluß an die Schilderung der kritischen Sitzung vom 8. April 1919 schreibt Giersberg:

„Die ganzen Verhandlungen ergeben, daß Wilson über den Charakter des Saargebietes auf das gründlichste getäuscht worden ist. Und in der Tat: hätte Wilson den ferndeutschen Charakter dieses Landes gekannt, er hätte niemals dieser Lösung zugestimmt, die das Saargebiet auf 15 Jahre einer Völkerbundscommission auslieferte.“

Giersberg schildert dann weiter, wie Wilson Schritt für Schritt bezüglich seiner 14 Punkte zurückgedrängt wurde und in eine immer schwächere Lage geriet. Als alle „historischen“ Darlegungen der französischen Seite und die Anspielung auf die Grenzen von 1814 nichts nützten und bei Wilson nicht verfangen, spielte Clemenceau die Geschichte mit den 150 000 Saarfranzosen aus. Mit



diesem Triaktat, wie der Verfasser der Broschüre schreibt, die Saarlüge in Erscheinung, sie ist, wie er weiter hinzufügt, zweifellos das Mittel gewesen, die Mitarbeiter Englands und Amerikas für Frankreich zu gewinnen und schließlich den Widerstand von Lloyd George und Wilson zu überwinden. Nach dem Umfall von Lloyd George hatte Wilson eine äußerst schwierige Stellung, aber in der entscheidenden Sitzung vom 9. April gab er doch nach. Triumphierend schrieb Tardieu an den Schluß seines Berichtes über diesen kritischen Tag:

„Wir haben nicht alles erreicht, aber die Franzosen der Saar sind befreit, diese 150 000 Saarländer sind ebensoviele Franzosen im Herzen und nach ihrem Willen wie die Elsässer und die Lothringer.“

Mit Recht wirft der Verfasser der Schrift nun die Frage auf, wo denn die 150 000 Saarfranzosen in der Folgezeit geblieben sind. Er stellt fest, daß zur Landesratswahl im Jahre 1924 97,3 Prozent für die deutschen Parteien stimmten und nur 2,7 Prozent für die französische Partei, die nicht einen einzigen Sitz erhielt. Und diese 2,7 Prozent waren noch dazu in der Zeit zwischen 1918 und 1924 aus Frankreich eingewandert. Von den „Saarfranzosen“ war nichts mehr zu merken. Bei alledem blieb aber immer noch die Frage im Dunkeln, wie denn die ungeheuerliche Fälschung mit den 150 000 Saarfranzosen zustande gekommen ist. An Hand von neuen Quellen und Veröffentlichungen hat Rechtsanwalt Giersberg auch diesen Schleier gelüftet. Er konnte auf neue Publikationen aus elsässischer Quelle hinweisen, wonach die berüchtigten Unterschriften nicht im Saargebiet selbst, sondern im französisch gewordenen Lothringen gesammelt worden sind, wobei es in den meisten Fällen den Unterzeichnern noch schleierhaft blieb, wofür sie ihre Unterschrift hergaben. Es war das ein Betrug, eine Urkundenfälschung, ein Verbrechen, das nach bürgerlichen Rechtsbegriffen, wie es in der Schrift heißt, mit Zuchthaus geahndet wird. Die Lothringer waren ja gar nicht befugt, im Namen des Saargebietes zu sprechen. Die Giersberg'sche Schrift hatte den Vorzug, auf eine Veröffentlichung in Nr. 9 (1925) der

elsässischen Wochenschrift „Die Zukunft“ hinweisen zu können. Wir hatten die entscheidende Aeußerung der „Zukunft“ auch an dieser Stelle noch einmal fest:

„Das Saargebiet hat des Glückes, französisch verwaltet zu werden, in sieben Jahren genug genossen. Vor dem Völkerbund die Hände ringend, daheim aber die Fäuste ballend, danken die Saarländer für alles von Paris her. Wie blamabel für das Genie unserer Rasse! Doppelt, wenn man sich erinnert, daß 1919 dem Obersten Rat in Versailles eine Massenpetition vorgelegt worden ist, in der mit 150 000 Unterschriften die Vereinigung des Saargebietes mit dem lieben Mutterland gefordert wurde. 150 000 Gesinnungsfranzosen auf eine Gesamtbevölkerung von 600 000 Seelen, das war überwältigend. Die Diplomatie aber ist schwach in Geographie: Von einigen Unterschriften aus Saarlouis abgesehen, kamen die meisten aus den Kreisen Saargemünd, Saarburg und dem Kanton Saarunion. Es hat sich was „gesaart“, und das war genug. Wenn die elsässisch-lothringischen Bürgermeister und Polizeidiener nicht wußten, wozu sie die Unterschriften damals sammelten, heute können sie sich trösten: Der „Zauber“ hat keine Kraft bekommen. Das Manöver zeigt aber, was man im Geiste Richelieus für möglich hielt.“

Auch Giersberg erhob schon die Forderung, daß die französische Regierung endlich die Adresse jener Saarfranzosen der Weltöffentlichkeit vorlege, mit der Clemenceau Wilson betrogen hatte. Die französische Regierung hütete sich aber wohlweislich, diese Anfrage zu beantworten. Indessen, das Volk an der Saar ruft nach wie vor nach Gerechtigkeit. Giersberg sagt zum Schluß mit Recht: „Man kann heute Völker nicht versachern, ohne sie zu knechten“, und er kann sich dabei auf französische Zeitungsstimmen aus dem Jahre 1919 berufen. Die Weltgeschichte ist auch das Weltgericht, und so wird sowohl der Schacher von Versailles wie auch die Knechtung der Saarbevölkerung durch 15 lange Jahre hindurch, die nach den Worten des früheren englischen Ministers Asquith an die schlimmsten Zeiten des russischen Despotismus erinnert, durch das Urteil der Geschichte eines Tages eine für die Beteiligten bittere Revision erfahren.

## Des Saarvolks Leiden in der Besatzungszeit

Von Saarabicus

Fortsetzung. Siehe auch Nr. 10—24 des „Saar-Freund“ von Saarabicus.

### Der Versailler Betrug am Saargebiet.

Doppelt notwendig war es in den Tagen der Fremdherrschaft immer und immer wieder, den Ursprung des ganzen Unglücks des Saargebietes, den Weltbetrug auf der sog. Friedenskonferenz in Versailles und die Unrechtmäßigkeit der französischen Ansprüche auf das Saargebiet nachzuweisen. Der bekannte Völkerrechtslehrer Professor Dr. Walther Schücking in Marburg unterzog sich der Aufgabe, in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ den gesamten Rechtsanspruch Deutschlands auf das Saargebiet und die Raubgier Frankreichs juristisch und historisch einwandfrei darzutun. Das war um so dringender, als die in Versailles nicht gelungene offene Annexion in anderer Form weiter betrieben wurde.

Mit Recht wies Professor Schücking in dem genannten Artikel auf die Tatsache hin, daß in der ernst zu nehmenden französischen Literatur vor 1914 das Saargebiet nicht beansprucht worden ist, während die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen ein immer wiederkehrendes Schlagwort in der nationalistischen Presse Frankreichs war. Nach einer Betrachtung der ethnographischen Seite der Saarfrage wies Prof. Schücking nach, daß Saarbrücken und Saarlouis nur vorübergehend zu Frankreich gehört haben. Er zeigte die beiden Perioden auf, in denen das Saarland mit anderen Teilen des westdeutschen Raums vorübergehend von Frankreich besetzt war. Wie wenig die Besetzung zur Zeit der französischen Revolution (von 1793—1801) im Sinne aller Bürger des Saarlandes lag, geht u. a. aus der Tatsache her-

vor, daß die Guillotine in Saarbrücken eine große Rolle spielte. Auch scheiterten die Bemühungen, eine Volksabstimmung zugunsten Frankreichs zustande zu bringen. Im Jahre 1798 erklärten sich nur 78 Bürger Saarbrückens und nur 13 der Vorstadt St. Johann für den Anschluß an Frankreich. Professor Schücking schilderte auch das Schicksal der Stadt und Festung Saarlouis. Wohl ist Saarlouis längere Zeit eine französische Enklave innerhalb des deutschen Reichsgebietes gewesen, aber seit dem zweiten Pariser Frieden (1815) ist Saarlouis bis 1918 ununterbrochen preussisch und deutsch gewesen. Die Schlußfolgerung des Verfassers lautete, daß diese Städte und Gebiete nur vorübergehend zu Frankreich gehört haben, und daß aus geschichtlichen Gründen ein Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet nicht abgeleitet werden kann. Daraus schloß er die ernste Mahnung: „Wenn der Weltfriede wirklich auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden sollte, so genügt nicht lediglich die Schaffung des Völkerbundes sowie der Verzicht auf irgendwelche Annexionen, vielmehr soll man auch im Friedensvertrag solche Bedingungen vermeiden, die geeignet sind, zwischen den beteiligten Ländern die bereits vorhandenen Gegensätze zu vertiefen.“ („Saar-Freund“ 1921, Nr. 9.)

### Der Deutsche Reichstag fordert den Schutz des Saargebietes.

Es war gut, daß auf jenem Höhepunkt des Leidens der Saarbevölkerung die deutsche Reichsregierung und der Deutsche Reichstag sich eingehend und eindringlich mit den Leiden der Saardeutschen befaßten und



Schutz und Recht für die geplagte und drangsaliierte Saarbevölkerung verlangten. Anfang Juni 1921 kam es im Anschluß an eine Petition zu einer ausgedehnten Saardebatte im Deutschen Reichstag, in der alle Parteien, mit Ausnahme der äußersten Linksparteien, eine geschlossene Front gegen Westen einnahmen, und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trotz vielfacher Zermürbung in den eigenen Reihen doch bewies, daß die mühevollen Bestrebungen des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saarverein“, Gesamtdeutschland für das Saargebiet zu interessieren, auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Ein einziger Notruf hallte damals durch die deutschen Lande, heiße Sorge sprach aus allen Reden und Pressestimmen um das Schicksal des ferndeutschen Landes an der Saar.

In der oben genannten Petition in der 107. Sitzung des Reichstages wurde gefordert, daß die Reichsregierung sich mit allen Mitteln für die widerrechtlich schwer bedrohte Bevölkerung des Saargebietes einsetze, daß sie allen Versuchen, aus dem Saargebiet ein eigenes Staatswesen zu machen, entgegenzutreten müsse, daß der kulturelle Zusammenhang des Saargebietes mit dem übrigen Reich gepflegt werden müsse, und daß jede durch den Friedensvertrag nicht ausdrücklich gerechtfertigte Erweiterung des Saargebietes zu bekämpfen sei. Es wurde weiter Aufschluß über das Verhalten der Franzosen im Saargebiet verlangt und auf eine wirklich unparteiische Zusammenfassung und Amtsführung der Regierungskommission wie auch auf eine Beseitigung des französischen Militärs gedrungen. Die Petition verlangte weiterhin volle Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, eine ungeknebelte Presse und eine frei gewählte Volksvertretung für das Saargebiet, endlich Unterbindung der Orientierung der Saarwirtschaft nach dem Westen hin und Abdrosselung aller Nachteile, die die Einschließung des Saargebietes in das französische Zollgebiet zur Folge haben.

Die Regierung nahm zu den angeschnittenen Fragen ausführlich Stellung. Ihr Vertreter ging bei seinen Erklärungen von der Rechtsfrage aus und bezeichnete es erfreulicherweise als „heilige Pflicht der Regierung, darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages auch seitens der Regierungskommission und aller sonst beteiligten Faktoren eingehalten werden.“ Sie wandte sich entschieden gegen die Versuche, aus dem Saargebiet ein eigenes Staatswesen zu machen, gegen die fortgesetzte Ausweisungspraxis und die Vorherrschaft des französischen Militärs und der Kriegsgerichte. Mit Recht rügte sie die Tatsache, daß das von der Regierungskommission regierte Volk nicht den leisesten Einfluß habe, und daß die Mitglieder der landfremden Regierungskommission zum großen Teile nicht einmal die deutsche Sprache verständen. Die Anebelung der Presse- und Meinungsfreiheit kam zur Sprache und rief ein stürmisches Echo hervor. Die Befragung der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen an Stelle eines ordnungsmäßig eingesetzten und im Friedensvertrage vorgesehenen Landesrates erfuhr eine scharfe Beurteilung. Eine solche Befragung, hallte es durch den Saal, sei nur „die Farce eines parlamentarischen Regimes“. Es wurde schließlich mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder beschlossen, die Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und folgende Entschlie-ßung anzunehmen:

„die Reichsregierung zu ersuchen, ein Weißbuch über die Lage im Saargebiet baldmöglichst herauszugeben.“

Dieses Weißbuch ist auch bald danach erschienen und enthielt die wichtigsten Dokumente über die Verhandlungen mit der Saarregierung und dem Völkerbunde in der Saarfrage.

Eins ergab sich jedenfalls aus der historischen Reichstagsdebatte: In der großen und entscheidenden Saarfrage war der deutsche Reichstag unbedingt einig und entschlossen, die Rechte der Saarbevölkerung bis zum Äußersten zu wahren.

Tausendfältig hallte es von der Reichshauptstadt zur Saar hinüber: „Wir vergessen euch nicht, ihr Brüder und Schwestern an der Saar!“

(„Saar-Freund“ 1921, Nr. 12).

(Fortsetzung folgt.)

## Kleine politische Umschau

Bisher 8600 Rekurse.

Die Abstimmungskommission teilt mit: Die Zahl der Rekurse an den Obersten Abstimmungsgerichtshof, die gegen die Entscheidungen der Kreisbüros bei diesem eingereicht wurden, beläuft sich am 29. 11. 1934 auf rund 8600. Da jedoch die Rekursfrist für eine gewisse Anzahl von Entscheidungen der Kreisbüros noch nicht abgelaufen ist, kann die endgültige Zahl der Rekurse heute noch nicht angegeben werden. Indessen ist anzunehmen, daß die oben angegebene Zahl nicht merklich überschritten werden wird.

\* Rigel nach Zürich „verzogen“.

Herr Rigel, ehemals deutscher Regierungsrat und von Rnoz Gnaden Polizeikommissar der Regierungskommission, scheint sich über den Ausgang der Abstimmung am 13. Januar durchaus klar zu sein. Er hat es jedenfalls vorgezogen, samt seiner Familie nach Zürich zu verziehen. Er dürfte also die Überzeugung gewonnen haben, daß es ratsam ist, das Saargebiet schnellstens zu verlassen. Allerdings hat er sich einen Wohnsitz ausgesucht, dessen Bevölkerung gegenwärtig wegen des Auftretens deutscher Emigranten besonders erregt ist.

\* Der Prozeß gegen die Führer der Deutschen Front.

Das Strafverfahren gegen die Unterzeichner der letzten Denkschrift der Deutschen Front, Pirro, Kiefer, Levacher, Röchling und Schmelzer wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede scheint jetzt langsam in Gang kommen zu wollen. Den „Angeklagten“ ist inzwischen die Anklageschrift zugestellt worden. Der Termin für die Hauptverhandlung ist auf den 21. Dezember vor dem Obersten Abstimmungsgericht festgesetzt. Wie man hört, haben sich verschiedene Beamte der Saarregierung dem Strafantrag des Präsidenten Rnoz angeschlossen. Es soll eine ganze Anzahl von Zeugen — etwa 40 Mann —, darunter vor allem Beamte und Vertreter der separatistischen Presse, vernommen werden.

\* Vom Sklavenlos zur deutschen Volksgemeinschaft.

Herr Barthou hatte in seiner letzten Rede in Genf, die sich mit der Frage der Saarrückgliederung befaßte, den Anschein erweckt, als mache sich Frankreich große Sorge über die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets nach der Abstimmung. Er behauptete, daß es Frankreich als seine Pflicht ansehe, schon jetzt dafür einzutreten, daß geeignete Vorkehrungen getroffen würden. Die treffendste Antwort darauf gaben die französischen Banken und Kreditgeber, die ohne Rücksicht auf die verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen alle der Saarwirtschaft gegebenen Kredite mit kürzester Frist kündigten. Es zeigt sich hier die gleiche „Fürsorge“ und die gleiche „Selbstlosigkeit“, die die französische Wirtschaft bewiesen hatte, als im Januar 1925 die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollsystem vor sich gegangen war: sie beeilte sich, in leidenschaftlichen Eingaben gegen die Konkurrenz der saarländischen Waren auf dem französischen Markt Protest einzulegen, die ja auch durch die gemeinsame Abwehr der französischen Produktionsindustrie Erfolg hatte. Man wollte wohl unbeschränkt französische Waren im Saargebiet absetzen und darüber hinaus auf allen möglichen Schleichwegen und mit Hilfe der Besatzung auch in das deutsche Zollgebiet vorstoßen, gegen die saarländische Einfuhr aber schloß man sich ängstlich ab. Das Saargebiet wurde und blieb französisches Ausbeutungsobjekt.

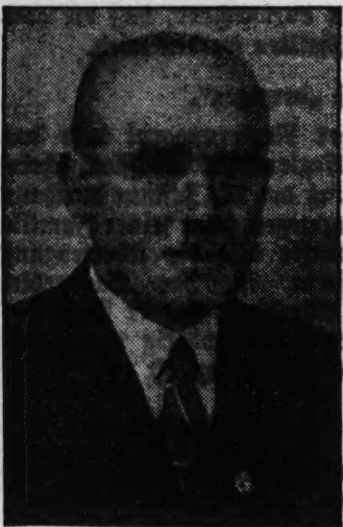
Und wie verhält sich Deutschland jetzt angesichts der bevorstehenden Rückkehr des Saargebiets in das deutsche Zollgebiet? Hier ein Beispiel: Die im Deutschen Handelschrauben-Syndikat zusammengeschlossenen deutschen Schraubenfabriken haben sich unter Uebernahme erheblicher Opfer schon jetzt bereit erklärt, den für das Werk von Rarher u. Roth in Bedingen durch den Verlust des französischen Marktes bei der Rückgliederung entstehenden Absatzausfall gemeinsam tragen zu helfen und durch Zusammenrücken auf dem deutschen Inlandsmarkt Ploß für die Produktion dieses Wertes zu schaffen, soweit sie bisher nach Frankreich ging.



## Kleine Tages-Chronik

\* Das 60jährige Geschäftsjubiläum beging Herr Franz Jacob, Inhaber der gleichnamigen Einzelirma für Web- und Wirlwaren. Franz Jacob ist ein „Alldahiesiger“ im Stadtteil Burbach. Aus diesem Anlaß wurde das Unternehmen von Freundes- und Bekannenseite der Gegenstand besonderer Ehrungen. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe eröffnete den Reigen der Glückwünschen. Der Ruder-Club „Saar“ sprach dem Jubilar, zugleich für seine treue 36jährige Mitmitgliedschaft, seine herzlichsten Wünsche aus. Herr Jacob wurde während des Krieges wegen seiner vaterländischen Betätigung mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet und ist heute Amtswalter der „Deutschen Front“.

## Personalnachrichten



\* Zum 50. Geburtstage unseres Mitarbeiters Hans Krag. Am 13. d. M. vollendet Hans Krag das 50. Lebensjahr. Seine Verdienste im Kampf um die Saar, seine 14jährige stets einsatzbereite, selbstlose und treue Mitarbeiterschaft im Bund der Saarvereine rechtfertigen in unserem Organ einen besonderen Glückwunsch. Hans Krag ist ein echter Sohn seiner Saarheimat, aus alter Saarbergmannsfamilie stammend. Sein beruflicher Werdegang ist folgender: Nach Volksschulentlassung zunächst Bauarbeiter, dann zwei Jahre Köhlingsches Eisenwerk Bödingen, Anfang 1901, der Familienbestimmung folgend, Bergmann, von 1904 bis 1907 staatliche Bergschule, die er mit dem

Prädikat „gut“ verließ. Nach Ableistung der Militärdienstzeit beim 1. Telegraphen-Batt. Berlin zunächst Beschäftigung im Aufwachdienst bei der Berginspektion I, dann Anstellung als Hilfssteiger und ein Jahr später als Agl. Steiger der Berginspektion VII Heinitz. Die Mobilmachung befahl ihn als San.-Unteroffizier nach Forbach, jedoch meldete er sich bereits nach 14 Tagen zur Front, weil er als Beamter nicht in der Etappe bleiben wollte. Diese Meldung wiederholte er dreimal, zuletzt beim Generalarzt des XVI. und XXI. A. K. persönlich. Dieser genehmigte dann sein Ausrücken zur zweiten Masurenschlacht. Er blieb dann im Osten bei verschiedenen Formationen, bis er von der Preuß. Bergverwaltung im Sommer 1917 zum Grubendienst reklamiert wurde. Das Vertrauen der technischen Grubenbeamten brachte ihn, der sich schon 1911 in einigen Aufsehen erregenden Artikeln gegen die Entstaatlichung der Saargruben gewandt hatte, an die Spitze der Ortsgruppe Heinitz des Technischen Grubenbeamtenverbandes. Der Einzug der Franzosen und der drohende Verlust der Saarheimat und der Saargruben mußte die Bewährungsprobe des jungen Beamtenführers erbringen. Gegen jeden Uebergriff der französischen Grubenverwaltung und Kontrollverwaltung und gegen jede unwürdige Zumutung an deutsche Beamte trat er mit Entschiedenheit auf. Im Kampf um Rechte und Sicherheit der deutschen Grubenbeamten gegenüber den Franzosen wurde er bald Mitglied des Hauptvorstandes des Technischen Grubenbeamtenverbandes und des Bergbeamtenbundes. Im Juni 1919 sollte seine Ausweisung wegen führender Tätigkeit in der deutschen Bergbeamtenbewegung und wegen franzosenfeindlicher Äußerungen erfolgen. Durch die Drohung der geschlossenen Bergbeamenschaft an den französischen Kommissar, daß bei Ausweisung eines Führers der Uebertritt der gesamten Bergbeamten in französische Dienste abgelehnt werde, unterblieb die Ausweisung. Trotz Warnung durch den Dolmetscher des zuständigen französischen Militärkommandanten hielt Krag in der großen denkwürdigen Bergbeamtenkundgebung, die militärisch überwacht wurde, seine Rede über die Forderungen an die kommende französische Bergverwaltung. Der große Beamten- und Verkehrstreik im August 1920 brachte seine fristlose Entlassung, da er im verschärften Belagerungszustand den Streik der Grubenbeamten durchsetzte und auf französischem Grubengelände am Schlafhause in Heinitz eine Streikversammlung der gesamten deutschen Beamenschaft der Berginspektion VII durchführte. Der große Beamten- und Verkehrstreik brach, hauptsächlich durch Verrat einiger USP.-Arbeiterführer, zusammen. Die scharfen Maßregelungen der Franzosen und der Regierungskommission brachten den Zusammenbruch des Bergbeamtenverbandes. Mit einigen zuverlässigen Freunden begann Krag den Aufbau des

Verbandes Deutscher Techniker und für die Fahrhauer und Meister der Saargruben des Deutschen Bergmeister-Bundes auf nationaler Grundlage, die sich später beide auch auf die übrige Industrie und die bedrohte bayerische Pfalz ausdehnten. In ständiger Verbindung mit der nationalen Bergarbeiterorganisation gelang im scharfen Kampfe die Zerstückelung des Ende 1921 gegründeten Saarbundes und der Saargentralverbände unter den Angestellten. Während der Separatistenherrschaft in der angrenzenden Pfalz ließ Krag sich die Betreuung der wichtigen Gruppe der Bergmeister besonders angelegen sein. 1925 war die organisatorische Geschlossenheit der technischen Grubenbeamten und -Angestellten soweit, daß die französische Regierung zur Vermeidung ernster Schwierigkeiten während eines Bergarbeiterstreiks sich zu einer Anerkennung der Organisation bequemen mußte und ihre Vorstandsmitglieder nach Paris einlud. Ihrer Vorstandsmitglieder sicher, führen Krag und Hoffmeister nach Paris, wo sie von dem heutigen Außenminister Pierre Laval, damals Minister der öffentlichen Arbeiten, empfangen wurden.

Der vorstehende geringe Ausschnitt aus seiner unermüdbaren Tätigkeit zeigt die wahre Kämpfer- und Führernatur unseres Mitarbeiters, zeigt aber auch, daß diese Tätigkeit jederzeit eingeordnet und untergeordnet war unter das eine hohe Ziel „für Deutschland“. Das kam auch bei der großen Abschiedsfeier zum Ausdruck, die ihm seine Anhänger 1928 im großen Saal des „Ludwigsparkes“ bereiteten, als er nach Berlin versetzt wurde. Krag hatte schon von Anfang an mit dem Saar-Verein zusammengearbeitet, was für ihn deshalb nicht leicht war, weil die Arbeit des Saarvereins zunächst nicht überall das richtige Verständnis fand. Er ließ sich aber nicht beirren und war jedesmal zur Stelle, wenn es galt, uns seine schätzenswerte Kraft und Kenntnis der Dinge zur Verfügung zu stellen. Außerdem war und ist uns Hans Krag seit über 13 Jahren Berater und zuverlässigster Sachbearbeiter in allen Grubenangelegenheiten. Daß er neben seiner umfangreichen Vortragstätigkeit im Endkampf noch Saarobmann seines Bezirks ist und die Abstimmungs-berechtigten betreut, ist bei ihm selbstverständlich. Um die mit Abstimmungsarbeiten überlastete Geschäftsstelle des Saarvereins zu schonen, übernahm und erledigt er alle von den Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront kommenden Anforderungen für Saarovorträge. Der Gau Berlin der Partei hat ihn in Anerkennung seiner Vortragstätigkeit zum Gauredner bestimmt. So ist der jetzt 50jährige der Typ eines zähen, aufrechten deutschen Saarbergmannes, der seine starke Arbeitskraft und sein großes Können in aufreibender Tätigkeit in den Dienst der deutschen Zukunft seiner Saarheimat stellte. Wenn die heimatischen Kirchenglocken die Befreiung der deutschen Saar einläuten, wird das seine schönste Feierstunde sein. Wir wünschen ihm in dankbarer Anerkennung langjähriger treuer selbstloser Mitarbeit noch viele gesunde Arbeitsjahre und dann einen gesegneten Lebensabend in seiner bestreuten Saarheimat.

\* 70. Geburtstag. Superintendent a. D. Konsistorialrat Karl Theodor Müller, ein in Saarbrücker Kreisen sehr bekannter Geistlicher, beging, wie wir nachträglich erfahren, am 2. Dezember in Templin in der Uckermark seinen 70. Geburtstag. Er stammte aus Westfalen, wirkte in Kassel und Berlin und war dann Militärseelsorger beim 21. Armee-korps in Saarbrücken; während des Krieges wirkte er als Armeeoberpfarrer beim 19. Armee-korps. Nach dem Kriege wurde er Superintendent in Templin und Mitglied des Brandenburgischen Konsistoriums. Mit dem Saarbrücker Armee-korps war Superintendent Müller eng verachsen. Ueber die Taten des 21. Armee-korps an der West- und Ostfront gab er in den ersten Kriegsmonaten zwei Bücher heraus.

## Die Toten + der Heimat

### \* General Oskar von Hutier +

Mit tiefer Trauer werden alle Saarländer die Nachricht von dem Ableben des Generals der Infanterie Oskar von Hutier, des zeitweiligen Kommandierenden Generals des 21. Armee-korps, vernommen haben, denn ein enges, wahrhaft soldatisches Band knüpfte ihn an das Saarbrücker Armee-korps. Am Abend des 5. Dezember erlitt Oskar von Hutier in den Räumen des Nationalen Klubs in Berlin einen Schlaganfall, der nach wenigen Minuten zum Tode führte. Ein reichbewegtes Heerführer-Leben ist mit Hutier zu Ende gegangen. Er war aus dem Kadettenkorps hervorgegangen und hatte in Generalstabsstellen verschiedene wichtige Ämter inne, bis er Chef des Generalstabes des 3. Korps wurde. Nach kurzer Tätigkeit im Generalstab der Armee wurde General Hutier im Jahre 1912 zum Generalleutnant und Kommandeur der 1. Gardedivision ernannt. An der



Spitze dieser Division zog Ez. von Hutier im August 1914 ins Feld. Besonderer Anteil hatte seine Division an der Marne-Schlacht und an den bewegten Kämpfen am Petit Morin. Im April 1915 erhielt Hutier das 21. (Saarbrücker) Armee-Korps, wodurch er zum ersten Male in engere Beziehungen zum Saarlande trat. Er gewann schnell Berührung mit den saarländischen Söhnen und konnte an der Spitze der treuen Saarländer den letzten Versuch einer zaristischen Durchbruchsoffensive zurückwerfen. Die weiteren Kämpfe im Osten sahen ihn vor Dünaburg und vor Riga. Eine neue Aufgabe rief ihn zu Beginn des Jahres 1918 an die Westfront. Der Oberste Kriegsherr übertrug ihm die Führung der 18. Armee, mit der er an den großen und denkwürdigen Kämpfen der Frühjahrsoffensive teilnahm. Seine Armee war es, die den Angriff 60 Kilometer weit bis vor die Tore von Amiens vortrug. Auch als das Schlachtenglück die deutsche Armee verließ, und die Abwehrkämpfe in den letzten Monaten des Jahres 1918 einsetzten, bewährte sich General von Hutier als Armeeführer. Seine eiserne Widerstandskraft übertrug er auf seine Soldaten. So hielt er den Anstürmen des Feindes in der Hermann-Stellung und in der Antwerpen-Maas-Stellung immer wieder mit zäher Kraft stand. Nach der Auflösung des alten Heeres nahm er im Januar 1919 den Abschied, ausgezeichnet mit dem Orden Pour le mérite mit Eichenlaub. Der Zusammenbruch des Heeres und Vaterlandes traf ihn tief und erschütterte ihn im Innersten. Eine einigermaßen befriedigende Aufgabe fand er nach dem Kriege im Deutschen Offizierbund, dem er mit nie verlagendem Eifer und in echter Kameradschaft vorstand. Mit dem Saarbrücker Armeekorps hielt er auch nach dem Kriege enge und soldatische Beziehungen aufrecht. Noch in den Tagen vor seinem Tode hatte er ein Gespräch mit dem letzten Kommandanten seines Korpshauptquartiers. Darin kam auch des Generals tiefe und herzliche Anteilnahme an dem Geschick des Saargebietes zu tatkräftigem Ausdruck. Nun ist der berühmte Heerführer gleich dem großen Generalfeldmarschall v. Hindenburg zur großen Armee abgerufen. Das Saarland aber wird ihm ein treues Gedenken bewahren.

## Vom Bunde der Saarvereine

### \* Eindringende Saar-Rundgebung

der Landesgruppe Schlesien in Breslau am 7. Dezember 1934.

(Zu unserem Bilde auf der Umschlagseite.)

Sämtliche in Breslau erscheinenden Zeitungen haben in dankenswerter Weise dieser Saar-Rundgebung die größte Bedeutung beigemessen, dafür ist Beweis ihre ausführliche und wirkungsvolle Berichterstattung. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die Gründerin des Bundes der Saarvereine ist, hat seit 15 Jahren immer besonderen Wert auf die Mitarbeit der deutschen Presse gelegt. Der schlesischen Presse gebührt besonderer Dank, weil sie der Saarfrage und den Bestrebungen der Saarvereine stets das größte Interesse entgegengebracht haben, wie sie das anlässlich der vorerwähnten großen Saar-Rundgebung wiederum betätigt hat.

Wir geben nachstehend auszugsweise den Bericht der „Schlesischen Zeitung“ wieder, welche über die Veranstaltung u. a. folgendes schreibt:

Die Landesgruppe Schlesien des Bundes der Saarvereine veranstaltete am Freitagabend im Breslauer Konzerthaus eine Saar-Groß-Rundgebung. Aus kleinsten Anfängen heraus wurde vor sechs Jahren auch in Breslau eine Ortsgruppe des Bundes gegründet. Im Laufe dieser wenigen Jahre ist das allgemeine Interesse am Saargebiet immer größer geworden, und nun, da das Volk an der Saar ein paar Wochen vor der Abstimmung steht, war man nicht überrascht, daß der große Saal des Konzerthauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auch auf den Tribünen drängten sich die Zuhörer in dichten Massen. Im Hintergrunde der Empore grüßte das Winterbergsdenkmal als Wahrzeichen herab. Pünktlich um 8 Uhr eröffnet das Trompeterkorps des R.-R. 7 unter der vorzüglichen Leitung des Obermusikmeisters Ulrich den Abend mit dem Huldigungsmarsch aus „Sigurd-Torsalfar“ von Grieg. Dann marschieren die Fahnen der SA und der nationalen Verbände unter den Klängen des Badenweiler Marsches ein. Ein Ehrensturm stellt sich in Front zum Saale auf. Bergknappen aus dem Waldenburger Kohlengruben in ihren ernsten Uniformen stehen im Bläuel zur Parade. Jetzt folgt ein Orgelspiel und darauf eine Ouvertüre des Trompeterkorps. Der Landesgruppenleiter Gerhard Mühl-ler begrüßt die Erschienenen und dankt allen, die sich freiwillig in den Dienst der Sache gestellt haben und die so zahlreich erschienen seien, um in dieser feierlichen Stunde ihr Treuebekenntnis abzulegen zu dem deutschen Saargebiet und seinen Bewohnern. Insbesondere begrüßte er den Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, Berlin. Ihm gelte tiefempfundenen Dank, daß er trotz der derzeitigen überaus starken geschäftlichen Inanspruchnahme es ermöglicht hätte, in Breslau zu erscheinen, um den erbetenen Vortrag zu

halten. Sodann gab er das Begrüßungstelegramm des stellvert. Leiters des Bundes der Saarvereine, Herrn Mittelschulrektor Ernst Debusmann, bekannt, welches wie folgt lautet: „Den zur Saar-Rundgebung in Breslau versammelten Volksgenossen entbietet herzliche Grüße. Ost und West, in Treue fest, Debusmann.“ Nach zwei Chören unter Leitung des Dirigenten Carl Schmidt-Belben betrat Theodor Vogel-Berlin, stürmisch begrüßt, das Rednerpult. Das verhältnismäßig kleine Saargebiet hat es sich nicht träumen lassen, daß es einmal eine solche Rolle in der europäischen Politik spielen würde.

Mit ungebeugtem Mut haben die Saarländer sich 15 Jahre lang zum Deutschtum bekannt und sich den Glauben an das Vaterland in ihrer Notzeit erhalten. Die Arbeiter und Bergleute an der Saar haben in vorderster Linie für die Erhaltung des Deutschtums gekämpft. Sie haben alles in Geduld ertragen, aber auch alles abgewehrt, was sie hätte der Heimat entfremden können, nichts getan, was nicht mit ihrer nationalen Ehre vereinbar war. (Langanhaltender Beifall.) Die saarländische Bevölkerung ist vorbildlich für jeden Deutschen gewesen. Genau so wie ihre Vorgänger in den Jahren 1793 bis 1815 den Kampf um die Befreiung aus französischem Joch geführt haben, stehen heute die Saarländer fest und treu zum Reich. 1870 scheiterte der erste Einfall der Franzosen vor den Toren von Saarbrücken auf den Spähererhöhen. 1914 rollte Tag für Tag und Nacht für Nacht der Kanonendonner der großen Schlacht von Lothringen über das Saartal. Bis zum Ende des Weltkrieges war das Saargebiet nächtlich feindlichen Fliegerangriffen ausgesetzt. Als die deutschen Truppen in die Heimat zurückzogen, wurden die feldgrauen Kolonnen festlich empfangen. „Lacht uns nicht im Stich!“ Das waren die letzten Worte, die Saarländs Volk den Truppen mit auf den Weg gab. In der ganzen Zeit der Abtrennung vom Mutterlande haben die Saardeutschen auf ihre Brüder jenseits des Rheins gehofft. 800 000 Deutsche wurden von vier Ausländern regiert. Für Frankreich war der Kampf um die Saar nie eine Frage der Gerechtigkeit, sondern immer nur das Streben nach Machterweiterung. Barthou versuchte durch den Status quo auf eine neue Art, das Saargebiet von Deutschland für immer zu trennen. Auch Barthou ist gescheitert. Noch ist der Kampf nicht entschieden, der Stellungskrieg tobt noch, aber am 13. Januar wird zum Sturm geblasen. Je größer die Leiden, desto härter der Trost und der Wille zum Sieg. (Großer Beifall.) Emigranten und Separatisten taten alles für den Status quo, Frankreich hat sogar zwei Armeen mobilisiert, um den Status quo zu retten. Dank der Tätigkeit des Dreierausschusses, der sich ernstlich mühte, den Unruheherd aus der Welt zu schaffen, kam es zu der Einigung auf einen Rückkaufwert der Saargruben von 150 Millionen Mark. Das Saarvolk ist gewiß, daß Deutschland diese Summe — und wenn es durch eine Sammlung wäre — aufbringen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutschen Männer und Frauen an der Saar werden am 13. Januar Gerichtstag halten. Noch einmal streckt der tote Clemenceau seine Hände nach dem Saargebiet aus. Sie sollen ihn nicht haben, den Rhein nicht und die Saar. Nur noch wenige Wochen, dann läuten die Glocken im Saargebiet, dann kehrt Saarland heim ins Vaterhaus. Mächtig klingt das Heil auf den Führer aus. Das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied beschließt die Ausführungen des Festredners. Mit zwei Chören und einem vielumjubelten Fanfarenmarsch des Trompeterkorps ist die machtvolle Rundgebung beendet.

### \* Aus der Tätigkeit der Ortsgruppen.

Die Tätigkeit der Ortsgruppen im November und Dezember war durch wachsende Aktivität und Belegung gekennzeichnet. Je näher der Abstimmungstermin heranrückt, um so lebhafter wird das Interesse, um so stärker der Besuch der Versammlungen, um so nachhaltiger und begeisterter der Widerhall der Reden und Vorträge. — Die Ortsgruppe Mühlhausen in Thüringen veranstaltete am 12. November im gut besuchten Saal des Schwanenteichlokals einen Saar-Heimatabend. Eine reichhaltige Spielfolge rollte vorüber. Nach einleitenden musikalischen Darbietungen des Musikzuges der Arbeitsdienstgruppe Mühlhausen entbot Kaufmann Speicher den Willkommengruß und gab hierauf Oberstudiendirektor Bindemann das Wort, der eine kurze und aufrüttelnde Ansprache hielt. In kräftigen Strichen zeichnete er die Pflichten des deutschen Menschen gegenüber dem Saarland und stellte vor der ganzen Welt die Forderung, daß man das Naturgesetz beachte, und dieses Grundgesetz laute, daß die Saardeutschen zu uns zurückkehren. Die Saar bleibe deutsch in Ewigkeit, so wie das deutsche Volk in Ewigkeit deutsches Volk bleibe. Nach dem Gesang der beiden Nationalhymnen trat man in den unterhaltenden Teil ein. Der Gesangsverein „Harmonie“ sang drei Lieder, und die Jungmädelschaft führte deutsche Volkstänze vor. Den Abschluß bildete die gut gelungene Aufführung des Saarstücks „Nacht im Berg“ von Theo Jörg, das als Symbol der Treue, Kameradschaft und Volksverbundenheit wirkte. — Die Ortsgruppe Horst-Beckhausen i. W. gab ebenfalls, und



zwar am 20. November, einen Saar-Abend. Der Vereinsführer Grebe begrüßte in herzlichen Worten die Anwesenden. Dann hielt Propagandawart Erz jr. eine packende Ansprache über die Leidensgeschichte des Saargebietes vom Ende des Weltkrieges bis heute. Er schilderte auch die großen und zahlreichen Widerwärtigkeiten, denen die Deutsche Front im Saargebiet ausgesetzt ist. Gleichsam als Treueschwur wurde daraufhin das Saarländische Lied angestimmt. Der Vortrag war umrahmt von musikalischen und deklamatorischen Darbietungen. Gegen Ende des Abends hielt Herr Erz jr. noch an Stelle des verhinderten Ersten Saarvereinsvorsitzenden Sulzbacher einen reichhaltig ausgewählten Licht-Bildervortrag, in dem er den Anwesenden den deutschen Saargedanken wiederum nahezubringen wußte. Alles trug dazu bei, die Liebe zur deutschen Saar noch zu vertiefen. — Am 1. Dezember versammelten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Dinslaken nebst den Abstimmungsberechtigten zu einer Saar-Treuekundgebung im großen Saal der Wirtschaft Rau. Nach einem Vorpruch „Mein Saarländ“ von Studienrat Gergen legte Ortsgruppenleiter Rektor Loch ein Treuebekenntnis der abstimmungsberechtigten Saarländer des Kreises Dinslaken zu Vaterland und Führer ab. Nach musikalischen Darbietungen und dem Vortrag von Sprechschören erörterte Oberstudiendirektor Dr. Kall in einer großangelegten Rede das Saarproblem. Packend wirkten seine in jeder Beziehung auf den deutschen Saargedanken eingestellten Worte. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Dr. Kall, daß die Bevölkerung des Saargebietes einmütig und geschlossen zum Deutschen Reich stehe. Das Land an der Saar sei urdeutsches Land und darum heiliges Land. Das Saarländ und die beiden Nationalhymnen beschlossen den gut gelungenen Abend. — Der Stützpunkt Porz des Saarvereins Köln a. Rh. versammelte seine abstimmungsberechtigten Mitglieder am 13. November in der Gastwirtschaft Wingen. Der Leiter der Kölner Ortsgruppe, Weyand, war persönlich anwesend und gab einen umfassenden Überblick über alle Einzelheiten der Abstimmung. Besonders berührte er die Passfrage und die Betreuung der bedürftigen und erwerbslosen Abstimmungsberechtigten. Den beiden Saarobmännern Neu und Sattler wurde für die muster-gültig getroffenen Vorbereitungen zur Abstimmung der besondere Dank seitens des Vorsitzenden ausgesprochen. Herr Sattler dankte seinerseits den Kölner Landsleuten für ihre tatkräftige Unterstützung. Unter Mitwirkung des Stützpunktes Porz des Saarvereins veranstaltete eine Woche später, am 20. November, die Ortsgruppe Porz der NSDAP ebenfalls einen deutschen Saarabend, auf dem der 2. Vorsitzende des Saarvereins Köln, Herr Jakobs, in einem durch Lichtbilder unterstützten Vortrag die Entwicklung des Saargebietes schilderte. Musikalische Darbietungen, Sprechschöre der HS und Gedichtvorträge einer Saarländerin (Frau Mühlenbeck) füllten den unterhaltenden Teil des Abends aus. — Der Saarverein Köln hielt die vorletzte Sitzung vor der Abstimmung am Mittwochabend (5. Dezember) im Rudolfsaal ab. Aus den zahlreichen Eingängen, die Vereinsführer Klaus Weyand vorlas, sei ein herzliches Dankschreiben des Saarvereins Neupork auf die Glückwünsche des Saarvereins Köln zu seinem Stiftungsfest erwähnt. Herr Weyand berichtete über die Führertagung des Bundes der Saarvereine in Mainz an Hand der von der Geschäftsstelle „Saarverein“ herausgegebenen Berichte.

\* Eine eindrucksvolle Saarkundgebung in Aachen. „Noch 42 Tage und die Knechtschaft an der Saar hat ein Ende!“ Mit diesen Worten eröffnete Landesgruppenleiter Reden am 3. Dezember die eindrucksvolle Kundgebung des Saarvereins. Der stellvertretende Führer des Bundes der Saarvereine, Rektor Debusmann (Wuppertal-Elberfeld), wies zu Beginn seiner oft durch starken Beifall unterbrochenen Rede auf den rein deutschen Charakter des Saargebietes hin, dem auch nach Westen hin noch ein breiter Gürtel deutschen Volkstums (in Lothringen) vorgelagert sei. Clemenceaus Märchen von den 150 000 Saarfranzosen sei längst zerplatzt. Schon 1925 habe die Saarbrücker „Großstadtbrille“ mit heißender Ironie bemerkt, unter Clemenceaus Saarfranzosen müsse doch wohl eine furchtbare Epidemie ausgebrochen sein, da bei den Landesratswahlen nicht einmal 1000 mehr übrig geblieben seien. Seit einem Jahrtausend sind Land und Volk an der Saar rein deutsch gewesen und es geblieben, und die verhältnismäßig kurzen Jahre der Fremdherrschaft, die den Raubkriegen Ludwigs XIV. und dann wieder der französischen Revolution folgten, haben an dieser Tatsache nichts ändern können. Wenn deutsche Grenzen einmal verloren-

gingen, hat gewöhnlich nicht das Volk an der Grenze versagt, sondern das deutsche Volk selbst in seiner Uneinigkeit. Auch in den Jahren der Fremdherrschaft blieb unser Volkstum an der Saar rein deutsch und kannte nur einen Gedanken: Unser Deutschland. Der Kampf um die Saar sei nur ein Ausschnitt aus dem französischen vielhundert-jährigen Kampf am den Rhein. Der Redner erörterte auch die wirtschaftliche Bedeutung des Saarländes. Aber das Wertvollste sind die 750 000 deutschen Menschen, und „um das Blut läßt sich nicht mit Silberlingen handeln“. Er beleuchtete dann das Schlagwort vom Status quo, der die Verewigung einer französischen Herrschaft über die Saargruben, einer landfremden Regierung und Verwaltung bedeute, die das Saarvolk nach Art eines Kolonialvolkes behandle. Er wies auf den bisherigen Raubbau auf den Saargruben hin, den „Spitzbubenschacht“ auf französischem Boden hart an der Saargrenze im Warndt, die wachsenden ungeheuren Bergschäden. Nach dem klaren Wortlaut des Saarstatuts habe weder der Völkerbund noch die Regierungskommission das Recht, eine zweite Abstimmung zu veranstalten. Der 13. Januar entscheide endgültig über das Schicksal des Saargebietes. Ein Deutscher, der für den Status quo stimme, begehe Verrat am Deutschtum. Die Deutsche Front verlange und bewahre eiserne Disziplin, und diese müsse man auch von allen im Reich wohnenden Abstimmungsberechtigten verlangen. Wieviel Prozent werden für Deutschland stimmen? Horcht ins einfache Volk hinein: Der deutsche Puls schlägt regelmäßig und gesund! Überall freudige Vorbereitungen auf den Tag der Entscheidung. Zum Schluß wies der Redner noch auf die glänzende Verbundenheit mit dem Reich hin, die das Saargebiet bei den nationalen Feiern bekundet habe. Die Saar ist deutsch, und wenn am Abend des Abstimmungstages alle Glocken läuten, dann sollt ihr Abstimmungsberechtigten das stolze Gefühl haben: Auch wir gehören zu denen, die die Saar zum Reich zurückgeführt haben. Die Saar ist heimgekehrt, Deutschlands treuestes Kind. — Der Redner wurde durch stürmischen Beifall geehrt. Gewaltig hallte am Schluß der Schwur des Saarkriegsliedes und der Gesang der beiden Nationallieder durch die Hallen.

\* Die Ortsgruppe Groß-Essen hatte zu einem Saarheimatabend ihre Mitglieder und alle Abstimmungsberechtigten im städtischen Saalbau zu Essen (Kruppmusiksaal) eingeladen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Ortsgruppenleiter A. Sutter fand herzliche Worte der Begrüßung und führte aus, daß nur noch einige Tage uns von der Befreiung der Heimat trennten. Am 13. Januar 1935 sehe uns die Heimat wieder, um dort Zeugnis abzulegen für Deutschland, unser geliebtes Vaterland. Nachdem einige gesangliche und musikalische Darbietungen verklungen waren, erläuterte Landesmann Weber nochmals alle die Abstimmung betreffenden Fragen im einzelnen. Der Ortsgruppenleiter teilte den Anwesenden noch mit, daß auf das Telegramm der Ortsgruppe Groß-Essen an die Ortsgruppe der Saarländer in Neupork gelegentlich einer dort stattgefundenen Saarkundgebung eine briefliche Antwort eingegangen sei mit den Wünschen eines Wiedersehens am 13. Januar 1935 in der Heimat. Nachdem der Männerchor „Kraftlicht R. W. E.“ sich mit dem Liede „Ewig liebe Heimat“ nochmals in die Herzen der Anwesenden gesungen hatte, nahm die offizielle Veranstaltung ihr Ende.

\* Ortsgruppe Heilbronn. Als vor 5 Jahren die hiesige Ortsgruppe vom Landsmann A. Adam gegründet wurde, waren über 20 Mitglieder dem Rufe gefolgt. Durch die rührige Tätigkeit des neuen Vorstandes Karl Müller, Heilbronn, mit Unterstützung aller noch getreuen Mitglieder erwachte die Ortsgruppe zu neuem Leben. Durch das Entgegenkommen der Staats-, Stadt- und Parteibehörden konnten alle in Heilbronn und Umgegend ansässigen Landsleute, zum großen Teil abstimmungsberechtigt, erfasst werden. Im Sommer d. J. konnten etwa 300 Landsleute von der Saargeheimat das Schwäbische Sängerfest in Heilbronn miterleben. Sie wurden vom Reichstatthalter Murr von Württemberg und den anderen Behörden ganz besonders ehrend begrüßt. Am 17. November d. J. veranstaltete die Ortsgruppe einen bunten deutschen Saarabend in dem überfüllten großen Saale der „Harmonie“. Vom 24. November bis 2. Dezember waren etwa 100 Saarurlauber in Heilbronn und Umgegend aufs beste untergebracht. Am Sonntagabend, dem 2. Dezember, sprach unser Vorsitzender K. Müller in Bad Friedrichshall-Sagstfeld vor vielen Zuhörern in einer Saarkundgebung.

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatabilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.





Blick in den Saal selbst mit den dichtbesetzten Tribünen



Die Ehrentribüne: von Loos, Landesgruppenführer Gerhard Nühler, Breslau, Prof. Beyerhaus, Vertreter der Universität Breslau, Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, Frau Krögel geb. Dopelius



**D**er von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin herausgegebene „Saar-Freund“ hat zur 14. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz und auf dem Ehrenbreitstein am 26. August eine textlich und bildlich reich ausgestattete, 60 Seiten starke **Sonderausgabe** herausgegeben. In ihrer Vielseitigkeit vermittelt sie ein überaus eindrucksvolles Bild von der Mannigfaltigkeit der Saarfrage und stellt wenige Monate vor der entscheidenden Volksabstimmung ein über die Koblenzer Tagung hinausreichendes zeitgeschichtliches Dokument von großer Bedeutung dar. 15 Jahre Kämpfe um die Saar ziehen an unserem Auge vorüber, zugleich auch 15 Jahre Abwehr- und Aufklärungskämpfe der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine um die Deutscherhaltung der Saar in dem fesselnd geschriebenen Artikel „Von Bielefeld bis Ehrenbreitstein“. Die Organisation des Saarabwehrkampfes im Reich von 1918 bis 1934 behandelt in eingehenden und fesselnden Ausführungen der Gründer und bewährte Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel. Packend wird hier aus sachverständiger Feder die mühevollen und aufopfernde Arbeit der eigentlichen Saarorganisation und des Trägers des Abwehrkampfes vor das geistige Auge des mit diesen Dingen wenig vertrauten Zeitgenossen gestellt. — Eine wirkungsvolle Ergänzung der Sondernummer bilden die „Saar-Heimathbilder“, die regelmäßig als illustrierte Monatsbeilage des Bundesorgans erscheinen. Sie tragen aus Anlaß der 14. Bundestagung ein besonders schönes und reichhaltiges Gewand und bringen auf 24 Seiten eine Fülle von wertvollen, mit großen Kosten hergestellten Bildern, die unter der Sammelüberschrift „Die 15jährige Trennung des Saargebietes von Deutschland“ in Form eines Gedenkblattes zusammengefaßt sind. Besonders gut gelungen sind die Bilder, die Saarbrücken während der Besatzungszeit und die unnatürliche Zollabschnürung des Saarlandes zeigen, weiterhin die von der Jahrtausendfeier der Rheinlande, von der deutschen Kulturarbeit an der Saar und die Bilder von den verschiedenen Saar-Rundgebungen des Bundes der Saarvereine, vor allem von der Saar-Treue-Rundgebung am Niederwalddenkmal. Der zwischen die Bilder gestreute Text ist von Prof. Dr. Fritz Kloeveborn, Saarbrücken, abgefaßt und kennzeichnet in Angriff und Abwehr eindrucksvoll und einprägsam das Saarlandschicksal.

Die Verbreitung dieser Sondernummer des „Saar-Freund“ erfordert das vaterländische Interesse. Bestellungen nimmt entgegen

die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

Preis einschließlich Heimathbilderbeilage RM 1.—

## Nachruf!

Am 26. 11. 1934 verschied in Berlin-Karlshorst plötzlich an einer tödlichen Krankheit der frühere Rechtsanwalt

### Herr Dr. Otto Zillesen

zuletzt Kammergerichtsrat in Berlin

Der Verstorbene war vom Herbst 1900 bis April 1919

### Rechtsanwalt in Saarbrücken

Durch glänzende Gaben des Geistes ausgezeichnet, war er ein Jurist von reichem Wissen, ein Streiter und Wahrer des Rechtes im wahrsten Sinne des Wortes, von seinen Berufskollegen und Volksgenossen geachtet und geehrt.

Im April 1919 von der Besatzungsbehörde ausgewiesen, wurde er, dank seiner juristischen Gaben, an das Kammergericht Berlin, also eines der höchsten Gerichte des Deutschen Reiches, als Richter berufen.

Wir werden dem Verstorbenen in Treue ein dauerndes Gedenken bewahren.

**Die Rechtsanwälte des Landgerichtsbezirks Saarbrücken**